Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1932

273 (23.11.1932)

Visual Library

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄ[illegible] MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gespaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 30 Pfennig • Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt • Erfüllungs- und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B. • Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heim und Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialist[illegible] Die Mußestunde / Sport und Spiel / Die Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, zuzüglich 38 Pfg. Trägerlohn • Ohne Zustellung 1,90 Mark • Durch die Post 2,36 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr • Postscheckkonto 2650 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020/7021 • Volksfreund-Filialen Durlach, Hauptstr. 9 B.-Baden, Jagdhausstr. 12 Rastatt, Rosenstr. 2 Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 273 — Karlsruhe, Mittwoch, den 23. November 1932 — 52. Jahrgang

Wie beim Pferdehandel

Die „nationalen" Intriganten gegeneinander – Wer betrügt wen?

Regierungsbildung durch Roßtäuscherpraktiken – Hitler von Hugenberg hereingelegt

Papen will wieder kommen

Das Frage- und Antwortspiel zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und dem nationalsozialistischen Hauptquartier im Hotel Kaiserhof, das nunmehr schon seit Tagen andauert, ist auch am Dienstag noch nicht zu Ende gegangen. Am Mittwoch wird es fortgesetzt.

Es sind zwei Minuten Fußweg zwischen dem Hotel Kaiserhof und der Reichskanzlei. Man kann sich in die Fenster sehen. Außerdem gibt es noch ein Telephon. Aber die Vorverhandlungen über die Frage ob Hitler Vorverhandlungen aufnehmen will, um Feststellungen darüber zu treffen, ob in der Folge Verhandlungen über eine Regierungsbildung unter seiner Führung möglich sein werden, werden nichtsdestoweniger brieflich vorgenommen. Zwischen jedem Schreiben und der Antwort darauf vergeht etwa ein halber Tag. Der Inhalt der Briefe wird streng geheim gehalten, aber es ist sicher, daß wirklich keine weltbewegenden Dinge darin enthalten sind, sondern ganz einfache Fragen, die bei ernsten Besprechungen zwischen Männern, die wirklichen Willen zum Verhandeln hätten, in Minuten geklärt und beantwortet sein könnten.

Es ist die kläglichste Form des Kuhhandels, die sich gegenwärtig in Berlin vollzieht und das Staunen der Oeffentlichkeit über diese Verhandlungsmethoden wird immer größer. Wie haben beide Teile, Hitler auf der einen, die Autoritären auf der anderen Seite gewütet gegen die Kuhhandelsmethoden des Parlamentarismus, über die Besprechungen und Verhandlungen der „eienden Parteibürokratie". Wie hat man sich bemüht, die Methoden parlamentarischer Regierungsbildung und Koalitionsverhandlungen vor dem Volk herabzusetzen! Das Schauspiel, das die Schreier von gestern jetzt selbst bieten, enthüllt mit jedem Tag deutlicher, was sich hinter diesen Propagandareden, wie hinter den diktatorischen Methoden verbirgt. Man mag über die Methoden parlamentarischer Regierungsbildung in vergangenen schwierigen Jahren denken wie man will, sie wurden jedenfalls immer mit ernster Absicht und mit sachlicher Ernsthaftigkeit geführt, trotz aller Quertreibereien, die dabei vorgekommen sind und trotz des Einflusses des Machtkampfes der Parteien. Diese Verhandlungen aber, die wir jetzt erleben, haben eine verzweifelte Aehnlichkeit mit den Methoden, die wir Sozialdemokraten bei der Kommunistischen Partei gewohnt sind, wenn sie Einheitsfrontmanöver mit der Absicht der Entlarvung veranstaltet. Trotz der Schwere der Staatskrise ermangelt diese Methode des Geheimtuns und der Briefwechsel der Ernsthaftigkeit. Sie wirkt deshalb enthüllend auch über die mangelnde Ernsthaftigkeit der wirklichen politischen Absichten der NSDAP.

Der traurigste Parlamentarismus ist immer noch besser als die Diktatur. Wer wird es wagen, nach dieser Kostprobe noch das Loblied der Diktatur zu singen. Während die Briefe zwischen der Wilhelmstraße und dem Kaiserhof hin- und hergehen, sammeln sich im Hauptquartier der Nationalsozialisten unkontrollierbare Kräfte. Es drängen sich heran die P. J. (Postenjäger) der höheren Grade, die Einzelgänger, die in der Diktatur ihre Privatinteressen und Ziele verfolgen wollen. Männer mit dunklen wirtschaftspolitischen und machtgierigen Plänen, Aristokraten, sie alle beraten mit, und Hitler, der große „Führer" wird zwischen ihnen hin- und hergeschoben.

Da sitzt Herr Schacht im Hotel Kaiserhof, der es nicht verwinden kann, daß Luther und nicht er Reichsbankpräsident ist. Er hat zwar keine großen wirtschaftlichen Pläne, aber er möchte Finanzdiktator werden um der Macht willen, nach der sein persönlicher Ehrgeiz drängt. Da ratschlagt neben ihm Cuno, dessen staatsmännische Künste wir zur Zeit der Ruhrbesetzung schon einmal erlebt haben. Schacht und Cuno, ein nettes Gespann! Dazu kommt der Herzog von Coburg, der ebenfalls seine Meinung dazu gibt, neben ihm noch andere Männer anonymer Einflüsse, die im geheimen wirksam sind und sich untereinander bekämpfen. Im anderen Lager arbeiten die Feudalreaktionären, die Barone hinter den Kulissen. Sie haben solche Methoden oft und genug im Kaiserreich geübt.

Im Grunde genommen ist diese Methode der Staatskunst, wie sie jetzt in den sogenannten Verhandlungen der Diktaturbegeisterten von beiden Seiten hervortritt, nichts anderes als die Wiederkehr des persönlichen Regiments ohne Wilhelm. So ähnlich, mit ähnlichen Intrigen wurden früher Minister gestürzt, und Minister gemacht, wurde früher über das Recht, die Wohlfahrt und die Zukunft des Volkes entschieden. Wo die parlamentarische Kontrolle aufhört, wo die Oeffentlichkeit ausgeschaltet ist, wo man sich ängstlich fernhält von den politischen Parteien mit ihren offenliegenden Tendenzen, da tritt an die Stelle von ernsthaften politischen Verhandlungen die Intrige, an die Stelle der Auseinandersetzung großer organisierter Volkskräfte das Treiben der Anonymen.

Es ist ein Anschauungsunterricht, der dem Volke jetzt erteilt wird, Anschauungsunterricht, der die Unmöglichkeit der Diktatur, die Notwendigkeit der Demokratie lehrt.

Die Manöver der Intriganten

Für die Wiederkehr der Papenbarone

Berlin, 22. Nov. (Eig. Draht.) Der Kuhhandel um die Reichskanzlerschaft Hitlers ist zwar auch am Dienstag noch nicht beendet worden, aber er steht dennoch vor dem Ende. Hitler wird den ihm erteilten 50prozentigen Auftrag nicht annehmen, und dem Reichspräsidenten im Laufe des Mittwoch eine entsprechende Verlautbarung mit einer entsprechenden Begründung zugehen lassen.

Das großangelegte Intriguenspiel der Deutschnationalen wäre damit geglückt. Die Absage Hitlers hat ihre Ursache in der Antwort des Reichspräsidenten auf die Rückfragen der nationalsozialistischen Parteileitung. In dieser Antwort erörtert Hindenburg seinen Auftrag an Hitler dahin, daß er eine parlamentarische Mehrheitsregierung bilden soll und keine Präsidialregierung.

Hitler, der grundsätzliche Gegner des Parlamentarismus, wäre zwar auch bereit gewesen, eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit zu bilden. Nur paßten ihm die Bedingungen nicht, die unter dem Namen Hindenburgs von Anderen an diese Mehrheitsbildung geknüpft waren und die zweifellos keinen anderen Zweck [illegible], als die Bemühungen um eine parlamentarische Lösung der gegenwärtige Krise von vornherein unter allen Umständen zu verhindern. Mit Papens und anderer Hilfe sollte Hitler entlarvt werden. Das schließt nicht aus, daß der Reichspräsident seinen Auftrag an Hitler persönlich ernst gemeint hat. Aber die Kräfte, die an diesem Auftrag und seinen Begleitumständen mitgewirkt haben, wollten es anders. In dieser Erkenntnis haben sich die Nationalsozialisten am Dienstag abend entschlossen, den Hitler erteilten Auftrag nicht anzunehmen. Eine Kommission soll die ablehnenden Gründe ausarbeiten, die Hindenburg am Mittwoch übermittelt werden sollen, eine andere, die Gedanken, wie sich die Nationalsozialisten für die Zukunft eine Präsidialregierung vorstellen.

Der geglückten „Entlarvung" Hitlers soll nach dem Wunsche Hugenbergs nunmehr die des Zentrumsführers Kaas folgen. Schon seit Tagen spricht die deutschnationale Presse davon, daß nach einem Scheitern Hitlers der Zentrumsführer Kaas von dem Reichspräsidenten mit dem Auftrag zur Regierungsbildung bedacht werden soll. Man will das gleiche Exempel statuieren, man will, wie im Falle Hitler auch im Falle Kaas beweisen, daß eine parlamentarische Mehrheitsbildung heute völlig unmöglich ist. Wahrscheinlich aber wird sich das Zentrum auf eine derartige Zechprellerei erst gar nicht einlassen.

Im Hintergrund des großangelegten deutschnationalen Intriguenspiels steht die Wiederkehr der Papenbarone. Das war der Sinn ihres Rücktritts und damit es so werde, haben sie in den letzten Tagen alle — aber auch alle — Register gezogen.

Eine Reichstagswahl 4 Millionen Aufwand

Nach den bestehenden Bestimmungen haben das Reich vier Fünftel, die Gemeinden ein Fünftel der durch die Reichstagswahlen entstehenden Kosten zu übernehmen. Die Kosten für eine Reichstagswahl haben sich im Laufe der letzten Jahre vermehrt, nicht zuletzt wegen der starken Zunahme der Zahl der Parteien. Gegenüber einem durchschnittlichen früheren Kostensatz von etwas über drei Millionen dürften bei den letzten beiden Reichstagswahlen die entstandenen Kosten je etwa vier Millionen, zusammen also rund acht Millionen betragen.

Gleichberechtigungsbesprechungen in Genf

Genf, 22. Nov. (Eig. Draht.) Am Dienstag fanden zwischen den Vertretern der Großmächte mehrere Besprechungen über die Behandlung der deutschen Gleichberechtigungsforderung statt. Es scheint sich die Ueberzeugung herauszubilden, daß die drei großen Fragen der Gleichberechtigung, der Sicherheit und der praktischen ersten Rüstungsherabsetzung nicht getrennt voneinander behandelt werden können. Man sucht bereits eine Formel, in der Deutschlands Gleichberechtigung bei kommenden Verhandlungen über Organisationen der Sicherheit und Rüstungsbeschränkung gewährt werden soll. Unterdessen verlautet, daß die Vertreter Deutschlands über eine solche Anerkennung hinaus noch gewisse Garantien für die Gestaltung der praktischen Abrüstung verlangen.

WTB. Paris, 22. Nov. Havas läßt sich heute aus Genf einen längeren Kommentar über die Haltung der französischen Delegation zur deutschen Gleichberechtigungsforderung geben. Darin heißt es, die französische Regierung habe sich zwar gewiß bereit erklärt, Deutschlands **Gleichberechtigung** zu bewilligen, aber nur unter der grundlegenden Bedingung, daß diese Gleichberechtigung mit der Anbahnung eines umfassenden **Abrüstungs- und Sicherheitssystems** Hand in Hand gehe. Was Deutschland jetzt durch Herrn v. Neurath verlange, sei im Grunde genommen ein **Blankoscheck**, den zu bewilligen Frankreich sich **nicht** berechtigt glaube. Frankreich sei davon überzeugt, bis an die **äußerste Grenze** der Konzessionen an Deutschland gegangen zu sein.

London, 23. Nov. Reuter läßt sich heute aus Washington melden, daß Italien die am 15. Dezember fällige **Kriegsschuldenrate** an Amerika zu zahlen beabsichtige.

Tolle Zeitungsverbote

11 sozialdemokratische Zeitungen verboten

Berlin, 22. Nov. (Eig. Draht.) Der Oberpräsident der Rheinprovinz, der frühere Zentrumsminister für die besetzten Gebiete, Herr Fuchs, hat sich bewogen gefühlt, am Dienstag sämtliche im Rheinland erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen zu verbieten. Von dem Verbot, das fünf Tage dauert, werden elf Zeitungen betroffen. Wie es heißt, ist diese Unterdrückungsmaßnahme auf ein persönliches Ersuchen des Herrn Bracht zurückzuführen.

Das Verbot wird mit einem Artikel begründet, in dem die Verleihung der großen goldenen Staatsmedaille an Gerhart Hauptmann geschildert wird. In diesem Artikel wurde gesagt, daß selbst der Dichter keine solche Komödie hätte erfinden können, wie sie um dieser Ehrung wegen von dem preußischen Staatskommissar geliefert worden sei. Es wurde gemeldet, daß es nach dem Spruch von Leipzig das Recht der verfassungsmäßigen Regierung Braun gewesen wäre, die Medaille zu verleihen, wie aber der Staatskommissar die Medaillen eingeschlossen hatte und nicht herausgab. Im Anschluß an diese Meldung erinnerte der Artikel an den Rundfunk, an den Zwickel- und Badeerlaß des Herrn Bracht, an die Zensur und Zeitungsverbote, an die Rentenkürzungen, die einen so schroffen Gegensatz bilden würden zum Schaffen, den kulturellen und politischen Ansichten des Dichters der „Weber", daß eigentlich der preußische Staatskommissar der Regierung Braun hätte dankbar sein sollen, wenn sie ihn der Pflicht einer Hauptmannehrung entheben wollte.

Darum das Verbot von elf sozialdemokratischen Zeitungen, die während der Rheinlandsbesatzung trotz aller Schikanen bis zum letzten ihre Pflicht getan und das Besatzungsregime noch zu einer Zeit in der schärfsten Weise angeprangert haben, als der übergroße Teil der bürgerlichen Presse es bereits vorzog, das Geschäft über das Deutschtum zu stellen. Kein anderer als der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres hat das vor Jahren vor aller Oeffentlichkeit festgestellt. Der Dank dafür ist der sozialdemokratischen Presse jetzt durch die Papenbarone und Zwickelbrüder erteilt worden. Fünf Tage Verbot wegen eines harmlosen Artikels. Aber auch dieses Verbot wird die sozialdemokratische Funktionäre, wie überall, wo man sich uns mit Gewalt entgegenstellt, zu neuen Taten drängen und unsere Presse auch im Rheinland zu neuem Aufstieg führen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Der Kanonenkönig stirbt

Und Wilhelm II. zerschneidet das Tischtuch

Vor 30 Jahren, am 22. November 1902, verstarb der Kanonenkönig **Friedrich Alfred Krupp.** Er war der letzte männliche Sproß der gewaltigen Techniker- und Industriedynastie derer v. Krupp in Essen an der Ruhr. Wenn die sozialdemokratische Presse heute daran erinnert, dann geschieht das nicht deshalb, um einen Fall aufzugreifen, der die damals herrschenden Kreise aufs schlimmste kompromitierte. Wir wollen nur das autoritäre System, von dem jetzt wieder einmal so viel die Rede ist, charakterisieren. Denn das, was sich vor 30 Jahren in der Kanonenstadt an der Ruhr ereignete, war ein Stückchen autoritären Systems, hat vielleicht dem autoritären System der Vorkriegszeit den heftigsten Stoß versetzt.

Friedrich Alfred Krupp hatte nicht die technische und kaufmännische Genialität seines Vaters, war nicht der restlose Industrielle, der aus der ganzen Welt Aufträge für seine Rüstungsbetriebe zusammensuchte. Er war weichlich, nicht von dem Stahl und dem Eichenholz seines Erzeugers, lebte den größten Teil des Jahres, fern von seiner rheinisch-westfälischen Heimat, im Kreise seiner Freunde auf der im Golf von Neapel gelegenen Insel Capri. Unter der Mittelmeersonne, auf der herrlichen Insel der blauen Grotte sagte ihm das Leben mehr zu als in der rußgeschwängerten Luft seiner Vaterstadt. Hier, auf Capri, bewohnte er ein Schloß, das einem Souverän Ehre gemacht hätte. Bald tauchten über sein Leben und Treiben im Freundeskreis von Capri die tollsten Gerüchte auf. Es wurde von homosexuellen Orgien im Schloß des „Fürsten von Capri", wie man den deutschen Großindustriellen allgemein nannte, berichtet. Als die Dinge schon längst internationaler Skandal waren, haben zwei sozialdemokratische Zeitungen, die damalige „Dortmunder Arbeiterzeitung" und der Berliner „Vorwärts" den Fall aufgegriffen und ihn, weit entfernt von jeder Prüderie, kritisch betrachtet. Es wurde sachlich darauf hingewiesen, daß die Vorgänge auf Capri das deutsche Ansehen im Auslande schwer schädigten. Das Problem des § 175 des deutschen Strafgesetzbuches war dabei maßvoll erörtert, die homosexuelle Anlage als krankhafte Anlage bezeichnet.

Von den Geheimnissen auf Capri wußte, bei der ganzen Einstellung der deutschen Presse natürlich das Ausland mehr als das deutsche Inland. Die Mitteilung der beiden sozialdemokratischen Zeitungen erregte deshalb in Deutschland das größte Aufsehen. Obwohl die vom „Vorwärts" und von der „Dortmunder Arbeiterzeitung" gebrachten Behauptungen in allen Einzelheiten **beweisbar** waren, wurden sie von den Beteiligten bestritten. Damals ereignete sich etwas, was lebhaft an den Kampf gegen die Sozialdemokratie in den letzten Jahren erinnert. Die gesamte bürgerliche Presse fiel über die Sozialdemokratie her. Die Sozialdemokraten wurden in unerhörter Weise beschimpft und verdächtigt. Geld spielte keine Rolle, um die Hetzpropaganda gegen die Sozis zu schüren. Natürlich erhob die Staatsanwaltschaft gegen die verantwortlichen Redakteure der „Dortmunder Arbeiterzeitung" und des „Vorwärts" wegen verleumderischer Beleidigung Offizialklage.

Soweit waren die Dinge gediehen, als der Kanonenkönig Krupp von Capri nach Essen an der Ruhr zurückkehrte und Wohnung in seiner weltberühmten Villa auf Hügel nahm. Man nahm an, der Kanonenkönig wolle sich persönlich gegen die wider ihn erhobenen Behauptungen stellen. Dann kam die zweite Ueberraschung. Friedrich Alfred Krupp **starb** plötzlich am 22. November 1902. Ohne vorher krank gewesen zu sein. Ein großes Kölnisches Blatt, das heute noch Geltung für ganz Deutschland hat und Exponent der deutschen Industriemeinung ist, brachte auf der ersten Seite am 23. November 1902 die Meldung, Krupp sei freiwillig aus dem Leben geschieden. Das Direktorium der Krupp-Werke bestritt in der übrigen bürgerlichen Presse diese Darstellung. Aber eine Berichtigung des oben erwähnten großen rheinischen Blattes, das den Kruppwerken durchaus nicht fern stand, ist nie erfolgt. Wir haben auch später von Beteiligten gehört, daß von den Kruppwerken aus auch nicht der Versuch gemacht worden ist, eine solche Berichtigung zu erzwingen.

Nun die dritte Ueberraschung. Der letzte Hohenzoller, Wilhelm II., begab sich persönlich nach Essen, um als Erster dem Sarg seines intimen Freundes Friedrich Alfred Krupp durch die Straßen Essens nach jenem monumentalen Rundplatz neben dem Essener Hauptbahnhof zu folgen, wo der Letzte aus der Kruppdynastie beigesetzt wurde. Natürlich ging es bei Wilhelm II. dabei nicht ohne seine berühmten Reden ab. Vor der Essener Kruppschen Arbeiterschaft hielt er jene berüchtigte Rede, in der er die Essener Arbeiterschaft aufforderte, das Tischtuch zwischen sich und der Sozialdemokratie endlich zu zerschneiden.

Diese unsinnige und haßgeschwollene Rede war das Signal zum Aufstieg der Sozialdemokratie im rheinisch-westfälischen Kohlenpott. Bei der nächsten Reichstagswahl, im Jahre 1903, **verdoppelten** sich in Essen die sozialdemokratischen Stimmen. Der Reichstagswahlkreis Gelsenkirchen-Bochum konnte von dem Essener Otto Hue für die Sozialdemokratie gewonnen werden. Bis dahin herrschten in den Kruppbetrieben die Gelben, die sich später, während des Zusammenbruchs nach dem Weltkrieg, etwa so gebärdeten, wie die Berliner Nazis bei Gelegenheit des Verkehrsstreiks. Die freien Gewerkschaften wurden von den Kruppschen Werken jahrelang ferngehalten. Nach der erwähnten Rede Wilhelm II. konnten die Gewerkschaften bei Krupp endlich festen Fuß fassen.

Um den Tod des Kanonenkönigs bildeten sich tolle Legenden. Es wurde ganz ernsthaft behauptet, er sei gar nicht tot. Man habe mit der Beerdigung eine unerhörte Komödie gespielt. Krupp sollte mit seinem Intimus, dem Bismarckmaler Allers, irgendwo in der Welt untergetaucht sein. Wahr ist wohl nur, daß Allers mit dem Tode Krupps von Capri verschwand und nie wieder aufgetaucht ist. Interessierte Kreise hängten der Sozialdemokratie auf, sie hätte eine Prämie für denjenigen ausgesetzt, der sich an Ort und Stelle überzeuge, ob Krupp wirklich in Essen begraben sei. Um diese Leichenschändung glaubhaft zu machen, wurde das Grab Krupps jahrelang von einem Feuerwehrmann bewacht. Aber auch diese Perfidie hinderte den Vormarsch der Sozialdemokratie nicht. Auch ist es niemals zu einem Verfahren gegen die sozialdemokratischen Redakteure, von dem oben gesprochen wird, gekommen. Kurze Zeit nach dem Tode ihres Mannes nahm die Witwe Friedrich Alfred Krupps, eine geborene Freiin von Ende, den Strafantrag gegen den „Vorwärts" und die „Dortmunder Arbeiterzeitung" mit der Begründung zurück, daß sie nach dem Ableben ihres Mannes kein Interesse mehr an der Aufklärung des Falles habe.

Prag, 22. Nov. (Eig. Draht.) Am Dienstag besetzten 60 Polizeibeamte und zahlreiche **Detektive das kommunistische Zentralgebäude in Prag-Karolinenthal.** In den dort befindlichen Redaktionen kommunistischer Blätter und in den übrigen Parteiräumlichkeiten wurde stundenlang gehaussucht. Zwei Redaktionsräume wurden versiegelt. Zahlreiches Material, das auf den **Kohlenstreik** in Nordwestböhmen Bezug hat, wurde **beschlagnahmt.**

Verschlechterung der Wirtschaft

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt ist eine **neue Verschlechterung** eingetreten. Sie ist zwar in erster Linie durch die Jahreszeit bedingt. Trotzdem stellt sie gegenüber den letzten amtlichen Ziffern einen Rückschlag dar. Der neue Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. November besagt: Die jahreszeitliche Verschlechterung, die bisher im Gegensatz zu den Vorjahren noch aufgehalten werden konnte, ist nun zum Durchbruch gekommen. Wenn die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des November des Jahres 1931 um rund 220 000 und noch ein Jahr früher um rund 230 000 gestiegen war, so kamen darin u. a. die starken Konjunkturrückgänge vor einem Jahr und der hohe Anteil an Arbeitslosenmeldungen aus den Saison- und Außenberufen vor zwei Jahren zum Ausdruck. Die diesjährige Steigerung um rund 150 000 läßt den Schluß zu, daß im letzten Jahresteil andere Ursachen wirksam gewesen sind.

In der Arbeitslosenversicherung konnte sich der Zugang an Arbeitslosen erst in geringem Umfang bemerkbar machen, da ein Teil von ihnen vor Beginn der Unterstützungszeit noch eine Wartezeit durchmachen muß. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger war daher mit 5 592 000 nur um rund 10 000 höher als Anfang des Monats. In der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch um rund 13 000 auf 126 000 zurückgegangen. Dieser Rückgang beruht nicht zuletzt auf Aussteuerungen, die jedoch durch Beschluß der Reichsregierung vom 28. November ab für den Rest des Winters ausgeschlossen sind. Ueber die im Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Arbeitsdienstwilligen, die in der Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten sind, wird Mitte des Monats keine zahlenmäßige Feststellung getroffen, doch dürfte der Ende Oktober erreichte Stand von rund einer Viertelmillion nicht unterschritten worden sein. In Notstandsarbeiten waren Mitte November, wie bisher, annähernd 90 000 Arbeitslose beschäftigt.

*

In der Arbeitslosenversicherung werden zur Zeit noch nicht einmal 15 Prozent der Beitragseinnahmen für versicherungsmäßige Ausgaben verwendet. Wir fragen daher von neuem, warum immer noch nicht die **Dauer der Unterstützung in der Versicherung verlängert wird.** Wozu zahlen denn eigentlich die Arbeitnehmer noch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung? Wir haben die Frage der Verlängerung der Unterstützungsdauer in der Versicherung schon einmal angeschnitten. Eine Antwort von verantwortlicher Stelle ist bis jetzt nicht erfolgt. Dieses Schweigen berührt etwas merkwürdig. Jedenfalls war es früher nicht Brauch, wohlbegründete Fragen der Presse einfach zu ignorieren. Ebenso merkwürdig berührt das Schweigen der Reichsanstalt gegenüber der Debatte über die **Frage der unsichtbaren Arbeitslosen. Das Institut für Konjunkturforschung behauptet, daß zwei Millionen solcher unsichtbarer Arbeitslosen existieren.**

In der Krisenfürsorge ist ein neuer Rückgang der Zahl der Unterstützten eingetreten. Es haben also noch immer neue Aussteuerungen stattgefunden. Für die Gemeinden ist das sehr bedauerlich. Man darf aber wohl nun hoffen, daß Ende des Monats mit dem Abstoppen der Aussteuerung aus der Krisenfürsorge eine Entlastung der gemeindlichen Wohlfahrt eintritt.

Meuterei im Hitlerlager

Es gärt nicht nur im badischen Hakenkreuz

Wir berichteten dieser Tage über die Meuterei im badischen Nazilager gegen den Gauleiter Robert Wagner, die bereits dermaßen an Umfang zugenommen hat, daß sich in Lahr eine „Nationalsozialistische Notgemeinschaft, Ortsgruppe Lahr" gebildet hat, die unter dem Titel „Alemannische Grenzland-Nachrichten" in Lahr eine eigene Tageszeitung herausgibt, welche im Fahrwasser der nationalsozialistischen Anschauungen schwimmend, scharfe Opposition gegen die badische nationalsozialistische Gauleitung macht. Diese Aufruhrstimmung im Hakenkreuzlager ist jedoch nicht nur auf Baden beschränkt, sondern durchzieht in wachsendem Maße die verschiedensten Gaue Deutschlands, da die bisherigen Anhänger der nationalsozialistischen Führung allgemach die Manöver durchschauen, die ihnen aus den Braunen Häusern vorgemacht werden. Wir geben daher zur Information nachstehend verschiedene Mitteilungen darüber, wie in einer Reihe Plätze die Gärung im Hakenkreuz eine weitere Verbreitung nimmt:

Stuttgart, 22. Nov. (Eig. Meldung.) Wir berichteten vor einigen Tagen darüber, wie der Stuttgarter nationalsozialistische Rektor Dr. Wolter in einer Versammlung des Alldeutschen Verbandes, dessen Stuttgarter Ortsgruppe er leitet, die auf reine Opposition eingestellte Politik der nationalsozialistischen Partei scharf tadelte und eine scharfe Kritik an Hitler geübt hat. Rektor Dr. Wolter hat bereits die Quittung für seine freimütige Kritik an Hitler und an dessen Abhängigkeit von seinen Unterführern bekommen. Die württembergische nationalsozialistische Gauleitung gibt nämlich bekannt, daß Dr. Wolter wegen dieser Kritik aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden ist. Die nationalsozialistische Gauleitung hat es anscheinend sehr eilig gehabt, den unbequem gewordenen Mann, der vor kurzem noch als eine Leuchte der nationalsozialistischen Partei Württembergs gepriesen wurde, aus dem Parteikarren hinauszuwerfen. So gärt es in der württembergischen Hakenkreuzpartei und es werden wohl über kurz oder lang den Nachläufern der Nationalsozialisten die Augen aufgehen, wie es in Wirklichkeit mit dieser Partei, deren Bonzen sich selbst täglich über den grünen Klee loben, bestellt ist.

*

Hannover, 22. Nov. (SP.) Die nationalsozialistischen Oppositionsgruppen aus Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Braunschweig, Mitteldeutschland, Sachsen und Schlesien schlossen sich in Hannover zu einer Partei zusammen. Hitler und seiner Partei wurden während den Besprechungen eine ganze Reihe von Freundlichkeiten gewidmet. U. a. wurde behauptet, daß Hitler seinen Roehm nicht verabschieden könne, weil er zu Roehm in einem Hörigkeitsverhältnis stehe.

*

Stuer (Mecklenburg), 22. Nov. (SP.) Die Mecklenburger SA. Führerschule in Bad Stuer ist aufgelöst. Die SA.-Leute hatten sich dagegen aufgelehnt, daß ihre Führer besseres Essen als sie bekamen. Als daraufhin zwei SA.-Leute wegen Widerstands eingesperrt werden sollten, erklärten sich die übrigen SA. mit ihnen solidarisch. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Die SA.-Leute zerschlugen fast sämtliche Fensterscheiben und einen Teil des Mobiliars der Führerschule. Die Schule ist daraufhin geschlossen worden.

Funk-Scholz zurückgetreten

Eine Freude für die Rundfunkhörer

Berlin, 22. Nov. (Eig. Draht.) Der Reichsminister des Innern hat am Mittwoch den Rundfunkkommissar Scholz seines Amtes enthoben. Scholz kehrt in das Reichsinnenministerium zurück.

*

Nazi-Scholz ist das Lebenslicht ausgeblasen. Kein Militärmarsch und „keine Hetzerei am Wochenende" konnte dieses jähe Ende verhüten. Acht Tage nach dem Sturz seiner „autoritären Herren" ist ihnen ihr ergebener Rundfunkknecht gefolgt. Hörer und Oeffentlichkeit vernehmen mit **ungeteilter Freude,** daß diesem reaktionären Scholz endlich das Handwerk gelegt worden sei, die lediglich darin bestand, der deutschen Kultur zu schaden, ungezählte Summen nutzlos zu verpulvern, die Hörer hinwegzugraulen und den deutschen Rundfunk zum Gespött der Welt zu machen. Der **Schiffbruch,** den die autoritäre Regierung politisch und wirtschaftlich erlitten hat, wird durch den aufgezwungenen Rücktritt des Rundfunkkommissars Scholz auch auf dem kulturellen Gebiet vor aller Augen sichtbar.

Als vorläufiger Nachfolger des Scholz ist Oberregierungsrat Conrad vom Reichsministerium des Innern bestimmt worden. Die endgültige Besetzung bleibt offen. Wie jedoch amtlich mitgeteilt wird, soll kein Beamter die Leitung des Rundfunks mehr erhalten. Wer es aber auch sein mag, Beamter, Fachmann oder Künstler, solange das heutige System besteht, das den Rundfunk zu seinem willfährigen Instrument vergewaltigt hat, solange wird der deutsche Sender seine kulturelle Aufgabe nicht erfüllen und solange werden wir nicht aufhören, diesen Mangel ohne Schminke aufzuzeigen.

Kommunistenverhaftungen in Ludwigshafen

CNB. **Ludwigshafen,** 22. Nov. Als **Grund** der Verhaftung von fünfzehn Kommunisten kann die in der kommunistischen Presse und in vertraulichen Aussprachen vertretene **Massenstreikpropaganda** angesehen werden, die bereits heute in einigen Fabrikbetrieben in Erscheinung trat.

Ludwigshafen, 22. Nov. (SP.) In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurden in Ludwigshafen und Umgebung **15 Kommunisten,** die in den Büros der Pfälzischen Unterbezirksleitung der KPD. versammelt waren, verhaftet. Die Polizei schweigt sich über die Ursache der Verhaftung vorläufig noch aus.

Thronrede des Königs von England

London, 22. Nov. Der König eröffnete heute die Parlamentssession mit einer Thronrede, in der er betonte, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten weiterhin freundschaftlich seien. Für eine weitere verfassungsmäßige Entwicklung in Indien werde die Regierung dem Parlament Vorschläge unterbreiten. Der König sprach die bestimmte Hoffnung aus, daß die bevorstehende **Weltwirtschaftskonferenz** in der Lage sein werde, Uebereinstimmung über die Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen zu erzielen, die die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Welt herbeigeführt haben.

Die britische Regierung werde fortfahren, in voller **Zusammenarbeit** mit den anderen Staaten auf der Genfer Abrüstungskonferenz eine internationale Konvention zu schaffen, die die Grundlage für einen **dauernden Frieden** bilden könne.

WTB. **London,** 22. Nov. Die **Unterhausdebatte** über die Thronrede wurde durch den konservativen Abgeordneten Roy Bird eingeleitet. Er betonte Englands Friedenswillen und seine Entschlossenheit, die Abrüstungskonferenz erfolgreich zu gestalten. Alle Länder, so sagte er, müßten auf gleicher Grundlage zusammenarbeiten. Er hoffe, daß die Politik der Regierung dazu führen werde, Deutschland zur erneuten Teilnahme an der Konferenz zu bewegen.

Der Führer der Arbeiteropposition, **George Landsbury,** meinte, die Thronrede lasse die Erkenntnis des **Ernstes des Arbeitslosenproblems** vermissen. Die Beteiligung Englands an der Wirtschaftskonferenz nannte er zwecklos, solange die Regierung keine Aenderung **ihrer Zollpolitik** vornehme. Landsbury fragte, ob es wahr sei, daß die Regierung auf der Konferenz eine Anzahl Zollerhöhungen vorzuschlagen beabsichtige.

Premierminister **Macdonald** führte in scharfer Erwiderung auf die Erklärung Landsburys u. a. aus, selbst im Falle einer Besserung der Konjunktur würde die **Zahl der Arbeitslosen in England gewaltig** sein. Es handle sich nicht um ein vorübergehendes Problem. Die Regierung werde ihre Vorschläge ohne Verzögerung ausarbeiten. Mit Bezug auf die Abrüstungskonferenz erklärte Macdonald, seinen früheren Ausführungen nichts hinzufügen zu können.

London, 22. Nov. Im Oberhaus setzte sich **Lord Reading** mit Nachdruck dafür ein, daß der Aufgabenkreis der **Weltwirtschaftskonferenz** auch auf die Probleme der internationalen Schulden, der Reparationen und Zölle ausgedehnt werde.

Neue japanische Gewaltakte

Genf, 22. Nov. (Eig. Drabt.) Die chinesische Regierung hat dem Völkerbundsrat am Dienstag von neuen Gewaltaktionen der Japaner **gegen die mandschurische Bevölkerung** berichtet.

Das ganze Land wurde in drei Arten von Aushebungsbezirken für militärische Dienstpflicht eingeteilt, von denen die erste Art 2000, 4000 Mann, die zweite Art 3000 Mann, und die dritte Art 2000 Mann für das Heer der neuen Regierung stellen muß. Jeder Rekrut erhält sechs japanische Yen im Monat. Die Kosten werden durch Erhöhung der Grundstücksteuer eingebracht. Endlich haben japanische Flugzeuge am 9. November mehrere Dörfer bombardiert. 13 Chinesen wurden getötet.

Paris, 22. Nov. **Trotzki** ist heute in aller Frühe hier eingetroffen. Er fuhr in einem Auto, dessen Fenster verhängt waren, nach dem Nordbahnhof, von wo er seine Reise nach Dünkirchen fortsetzte.

Madrid, 22. Nov. Der Präsident der Cortes **Besteiro** ist **zurückgetreten.**

Um die Konkordate

Gedächtnisfehler oder Taktik?

G. Sch. Als Herr Unterrichtsminister Dr. Baumgartner im Haushaltausschuß die Erklärung abgab, daß sein Amtsvorgänger Remmele durch einen Ministerialdirektor Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhl herbeigeführt, also eingeleitet habe, mußte in der Oeffentlichkeit die Auffassung entstehen, daß bereits Remmele in der Konkordatsfrage gegenüber der Kurie ein Entgegenkommen gezeigt habe, das zu weiteren und geradezu bindenden Schritten automatisch verpflichtete. Dieser Eindruck war ganz allgemein und er war besonders stark in den Reihen unserer Genossen. Die Mitteilungen des Herrn Dr. Baumgartner haben bei den Mitgliedern unserer Partei in Baden, die scharfe Gegner jedes Vertragswerkes mit den Kirchen sind, recht starke Mißstimmung gegen den Genossen Remmele ausgelöst. Hätte Herr Minister Dr. Baumgartner in seiner Erklärung im Haushaltausschuß den Vorgang richtig geschildert, und dazu war er einfach und ehrlicherweise verpflichtet, nämlich, daß Remmele erst auf Anregungen Dr. Baumgartners, als dem damaligen Führer der Zentrumspartei, einen hohen Beamten zu einer Unterhaltung, nicht zu Verhandlungen entsandt hat, und weiter, daß der Kardinal-Staatssekretär die Grundlagen eines Entwurfs, wie ihn Remmele beabsichtigte, als für die Kurie undiskutabel bezeichnet hat, konnte unmöglich der dem Genossen Remmele in den letzten Tagen so abträgliche Eindruck entstehen. So aber hat der Herr Unterrichtsminister eine derart lückenhafte Darstellung unter Verschweigen gerade des entscheidenden Teils jenes Vorgangs gegeben, daß sein Amtsvorgänger (also Remmele) in ein ganz falsches Licht geraten mußte. Das konnte Herrn Dr. Baumgartner unmöglich entgangen sein, da doch anzunehmen ist, daß er als der für den Abschluß eines Konkardats federführende Minister die öffentlichen Erörterungen über das Konkordat verfolgt hat. Und sicher war und konnte ihm nicht unbekannt geblieben sein, welche Wirkungen seine Darstellung im Haushaltausschuß in der Sozialdemokratischen Partei auslösen mußte.

Herr Dr. Baumgartner wird es nicht unterlassen dürfen, zu den Darlegungen unseres Genossen Remmele sich zu äußern und auch darüber, warum er im Haushaltausschuß nur eine lückenhafte Darstellung gegeben hat. Der Herr Minister wird es selbst empfinden, daß das Vertrauen einen herben Stoß erleiden müßte, wenn nicht eine allgemeine genügende Erklärung seinerseits erfolgte, die die Gründe angibt, warum der Herr Minister gerade das Entscheidende nicht mitgeteilt hat, ob aus taktischer Berechnung oder weil ihm ein Gedächtnisfehler unterlaufen ist?

Die Koalition in Baden zwischen Zentrum und Sozialdemokratie war in erster Linie auf dem entschlossenen Willen der beiden Parteien aufgebaut, in furchtbar schwerer Zeit für das Land und für das Volk feste politische Verhältnisse zu schaffen und zu gewährleisten. In diesem ehrlichen Wollen haben beide Parteien verdienstvolle Arbeit in den Jahren seit dem Zusammenbruch Deutschlands geleistet. Es hat im Verlaufe der Jahre auch innerhalb der Koalition sehr schwere Differenzen gegeben, was unvermeidbar war bei zwei weltanschaulich so ganz verschieden gearteten Parteien, wie es Zentrum und Sozialdemokratie sind. Weil aber eine feste Vertrauensbasis bestand, die von der Zentrumsseite her speziell durch den leider zu früh verstorbenen Prälaten Dr. Schofer garantiert und die auch von unserer Seite pfleglich behandelt wurde, konnten manchmal sehr ernste Schwierigkeiten stets behoben werden.

Daß auch heute wiederum Schwierigkeiten vorhanden sind, die durch die allgemeinen politischen Vorgänge im Reich sich fortgesetzt erhöhen, ist Herrn Dr. Baumgartner bestimmt bekannt. Ein Vorgang wie der im Haushaltausschuß kann daher, je nach den zu erwartenden Erklärungen des Herrn Ministers, zu einer folgenschweren Panne führen.

Es ist in der Zentrumspresse dieser Tage die Vermutung angedeutet worden, der sogenannte „Mannheimer Flügel" in der badischen Sozialdemokratie meine mit der dort propagierten „größeren Bewegungsfreiheit" für die Sozialdemokratie auch eine Lösung des Koalitionsverhältnisses. Sollte der Herr Unterrichtsminister mit solchen Gedanken sympathisieren? Dann wäre die Erklärung für den Vorgang im Haushaltausschuß sehr leicht gegeben.

Eine schöne Geschichte

Von Adam Remmele

Der politische Streit über den Abschluß eines Konkordats in Baden hat eine Wendung genommen, die mich zu einer nochmaligen Stellungnahme zwingt. Ich bedauere das, denn ich zähle mich nicht zu den grundsätzlichen Gegnern eines Vertragsabschlusses zwischen dem Staat und den Kirchengemeinschaften. Die Veranlassung zu einer nochmaligen Stellungnahme gibt mir Herr Unterrichtsminister Dr. Baumgartner, der schon vor einiger Zeit und zuletzt wieder im Haushaltausschuß des Badischen Landtags vom 18. d. M. behauptete, ich hätte über den Abschluß eines Konkordats mit der katholischen Kirche die Verhandlungen bereits im Jahre 1930 aufgenommen gehabt.

Wäre dieses der Fall gewesen, eine Sünde wärs wahrhaftig nicht. Wogegen ich mich aber wehre, ist, daß man mich für den jetzt vorliegenden Vertrag mit den Kirchengemeinschaften mitverantwortlich machen will. Diesem Vertrag würde ich meine Zustimmung nicht gegeben haben. Man stelle nur einmal den in meiner Amtszeit aufgestellten Konkordatsentwurf neben den von Herrn Minister Dr. Baumgarter aufgestellten. Der aus meiner Amtszeit vorliegende Entwurf beschränkte sich auf die Regelung der finanzrechtlichen Angelegenheiten und auf die Wahl des Bischofs und des evangelischen Kirchenpräsidenten.

In der Sitzung des Haushaltausschusses vom 18. d. M. erklärte nun Herr Minister Dr. Baumgartner, ich hätte den Entwurf für einen Konkordatsabschluß am 20. Oktober 1930 dem Staatsministerium vorgelegt. Diese Angabe ist bedingt richtig. Wie ich in meiner Freiburger Erklärung — von welcher ich kein Wort zurückzunehmen habe — schon mitteilte, handelte es sich hierbei um die Erledigung eines Antrags an das Staatsministerium, mir auf der Grundlage der vorgelegten Entwürfe die Vollmacht zur Einleitung von Verhandlungen zu erteilen.

Der für die evangelische Kirche aufgestellte Vertragsentwurf wurde einige Zeit später dem evangelischen Oberkirchenrat zugestellt. Er hat bei ihm keine Freude ausgelöst. Zu persönlichen Verhandlungen zwischen dem evangelischen Oberkirchenrat und mir kam es bis zu meinem Ausscheiden aus der Badischen Regierung (30. Juni 1931) nicht mehr.

Der für die katholische Kirche geltende Vertragsentwurf war bis zu diesem Termin noch nicht verschickt worden. Die Versendung — so war vorgesehen — sollte erfolgen, sobald in den Verhandlungen mit der evangelischen Kirche klargestellt war, welche Stellung von dieser zu dem Entwurf eingenommen wird. Wie angesichts dieser an Hand der Ministerialakten nachzuprüfenden Tatsachen die Behauptung laut werden könnte, die Verhandlungen mit der katholischen Kirche seien schon in meiner Amtszeit aufgenommen gewesen, war mir bislang ein Rätsel.

Dieses Rätsel löste nun Herr Minister Dr. Baumgartner in der Sitzung des Haushaltausschusses vom 18. d. M., in welcher er ausführte:

„Sein Amtsvorgänger Dr. Remmele habe durch den Ministerialdirektor Dr. Huber am 13. Oktober 1930 in Menzingen (Schweiz) mit dem päpstlichen Kardinal-Staatssekretär eine mündliche Aussprache herbeigeführt."

Das durfte nicht kommen. Eine Aussprache wäre jedoch noch nicht gleichbedeutend mit einer offiziellen Verhandlung. Eine Verhandlung ohne Vertragsentwurf als Grundlage ist auch nicht denkbar. Im Interesse der von ihm geführten Sache wäre es sehr zweckmäßig gewesen, wenn Herr Minister Dr. Baumgartner auf diesen Vorgang nicht hingewiesen haben würde. Jedenfalls hielt ich es bisher nicht für opportun, über diesen internen dienstlichen Vorgang etwas zu erzählen. Nun muß ich es aber wohl tun.

Herr Minister Dr. Baumgartner hat sich zu jener Zeit in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Zentrumsfraktion gelegentlich über den Stand der Vorarbeiten für den Abschluß eines Konkordats interessiert, denn die Regierung hatte sich ja bereits im Januar 1930 im Landtag und im Dezember 1929 gegenüber dem päpstlichen Nuntius in Berlin grundsätzlich bereit erklärt, ein Konkordat abzuschließen. Eines Tages — es dürfte etwa Mitte Oktober 1930 gewesen sein — rief mich Herr Dr. Baumgartner von der Schweiz aus, wo er mit dem päpstlichen Kardinal-Staatssekretär zusammengetroffen war, telephonisch an, um mir das Ersuchen zu unterbreiten, ich solle zu einer Aussprache mit dem päpstlichen Kardinal-Staatssekretär nach Rorschach kommen. Ich lehnte ab mit der Begründung, ein Konkordatsentwurf läge noch nicht vor, das Staatsministerium habe mir noch keine Vollmacht erteilt, und ich wisse deshalb gar nicht, wie sich bei dieser Sachlage eine Aussprache gestalten sollte. Herr Dr. Baumgartner meinte — wenn ich mich recht entsinne, bei einem zweiten Anruf —, man könne doch einmal dem Kardinal-Staatssekretär mitteilen, welche Vertragsgegenstände in unserm Entwurf vorgesehen würden. Um nicht unhöflich zu erscheinen, habe ich hierauf mein Einverständnis dazu erteilt, daß Herr Ministerialdirektor Dr. Huber nach der Schweiz reise und dort mündlich die erbetene Auskunft erteile.

Bei der Rückkehr erklärte mir Herr Ministerialdirektor Dr. Huber, an dem von uns in Aussicht genommenen Vertrag hätte die Kurie kein Interesse. Ein Vertrag ohne eine Schulklausel, ein Vertrag, der sich streng an das preußische Vorbild halte, komme für sie nicht in Frage. Diese Mitteilung gab mir keinen Anlaß, meine Anordnungen für die Aufstellung des Entwurfs zurückzunehmen. Nach meinem Ausscheiden aus dem Amte wurde die Angelegenheit mit neu aufgestellten Vertragsentwürfen auf eine andere Grundlage gestellt.

Die Beratung des evangelischen und katholischen Konkordats im Haushaltausschuß

Sozialdemokraten und Demokraten greifen in die Generalaussprache ein; die übrigen Parteien schweigen

Am gestrigen Dienstag, 22. Nov., führte der **Haushaltausschuß** die Beratung über das **Konkordat** mit der katholischen Kirche weiter. Vor der Generaldebatte wünschten **zwei Sozialdemokraten** Aufschluß über die Gesamtaufwendungen des Staates für die Kirchen, also auch der Kosten für den Religionsunterricht an Mittel- und Fachschulen, des Aufwandes für die theologischen Fakultäten usw. Der Berichterstatter bestritt die Notwendigkeit der Erhebung dieser Ziffer, worauf ihm ein sozialdemokratischer Antragsteller erwiderte, daß diese Posten zur Sache gehören, weil nach dem Konkordatsentwurf der Staat für die Fakultäten und den Religionsunterricht aufzukommen habe.

Ein sozialdemokratischer Redner bestreitet die Notwendigkeit, ein Konkordat zu erlassen und führt hierzu rechtliche Gründe an. Er wies den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit der Konkordatsgegner zurück; er sieht in dem Konkordatsentwurf mehr Nachteile für den Staat und mehr Vorteile für die Kirche. Die bisherigen Verträge seien durch Aenderung des katholischen Kirchenrechts zu Gunsten der Kirche abgeändert worden, während der Staat auf Rechte lediglich verzichtet habe. Von einer Rechtlosigkeit könne nicht gesprochen werden. Er stehe auf dem Standpunkt, daß der Staat in die Wahl des Erzbischofs, Ausbildung der Geistlichen und andere Kirchenangelegenheiten nicht hineinreden solle, man brauche deshalb auch kein Konkordat.

Der **Unterrichtsminister** erwidert darauf, daß die päpstlichen Bullen von 1821 und 1827 konkordatähnlichen Charakter gehabt hätten, allerdings nach heutiger Rechtsauffassung nicht als Konkordate angesprochen werden könnten; sie behalten aber ihre Rechtsgültigkeit bis sie durch einen anderen Vertrag abgelöst werden. Er stützt seine Auffassung auf katholische Kirchenrechtslehrer, sowie auf die Ausführungen preußischer Unterrichtsminister. Katholische Kirchenrechtslehrer hätten die Privilegien-Theorie, d. h., daß die Kirche einseitig eine Vorrechtsstellung gegen den Staat einzunehmen habe, fallen lassen. Es gelte heute nach der Auffassung der Kirchenrechtslehrer die Vertragstheorie.

Ein **sozialdemokratischer** Redner brachte zum Ausdruck, daß man zu dieser Frage sowohl grundsätzlich als auch zweckmäßig sich einstellen könne. Auch wenn man aus Zweckmäßigkeitsgründen zu der Frage Stellung nehme, müsse man sich fragen, ob der Inhalt politisch tragbar ist. Größte Bedenken rufe die „ewige Bindung" hervor. Aus den bisherigen Darlegungen sei ersichtlich, daß nach den alten („Quasi-Konkordaten") eine Abänderung möglich gewesen sei, während nach dem neuen Entwurf dies nicht erkennbar ist. Auch die finanziellen Verpflichtungen, insbesondere die Realdotationen geben zu Zweifeln Anlaß, ob hier dauernde Verpflichtungen übernommen werden. Besser wäre es gewesen, das Reich hätte die fehlenden Ausführungsbestimmungen zur Reichsverfassung erlassen. Dies gelte auch für die Frage des Religionsunterrichts in den Schulen; man befürchtet hier eine Preisgabe des staatlichen Hoheitsrechts.

Der **Unterrichtsminister** bestreitet die Unkündbarkeit abgeschlossener Konkordate. Er beruft sich hierbei auf die Auffassung von Kirchenrechtslehrern, wonach bei faktischer Unmöglichkeit der Vertragserfüllung zunächst ein gütlicher Ausgleich versucht werden könne; letzten Endes bliebe dem einen Vertragspartner immer noch der Rücktritt. Die Trennung von Staat und Kirche lasse sich nicht ganz durchführen, weil viele Punkte ineinander greifen. Bei den Staatsleistungen an die Kirche müsse unterschieden werden zwischen Aufwendungen privat-rechtlicher Natur, die im Haushalt des Finanzministeriums stehen und solchen Aufwendungen öffentlich-rechtlicher Art, die auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 in den Haushalt eingestellt werden. Er weise den Vorwurf zurück, als ob Hoheitsrechte der Schule in dem Konkordat gegeben würden. Ein weiterer **sozialdemokratischer** Redner weist auf den Kontrast hin, der dadurch in der Auffassung weiter Arbeiterkreise bestehe, daß man für die Arbeitslosen, Rentner, für die Arbeitsbeschaffung usw. von Seiten des Staates kein Geld habe, in dem Konkordat aber mehr wie 600 000 Mark zu Gunsten der Kirche vertraglich festlege.

Der **Unterrichtsminister** meinte, die Kirche könne auf Grund des bisherigen Rechts prozessieren und würde dadurch noch mehr herausholen, als ihr nach dem Vertragsentwurf zugebilligt werde.

Ein **Sozialdemokrat** brachte vor, worin denn das Interesse des Staates an dem „Metropolitancharakter" des Erzbischöflichen Stuhls in Freiburg bestehe und ob nicht diese Frage innerhalb der Kirche geregelt werden könnte. Ferner wies er hinsichtlich des kirchlichen Besteuerungsrechts darauf hin, daß viele Grundbesitzer in dreifacher Form zur Tragung des Kirchenaufwandes herangezogen werden, einmal durch Leistung von Kompetenzlasten, die auf Grund eines Kirchenbaues, der Unterhaltung der Kirche, der Entlohnung der Pfarrer und Kirchenbediensteten grundbuchrechtlich eingetragen sind, dann außerdem für dieselben Zwecke durch den Beizug zur allgemeinen Landeskirchensteuer und Ortskirchensteuer, ohne daß eine Anrechnung der Kompetenzleistungen auf die Steuerschuldigkeiten erfolgt. Es liegen zweifellos Ueberforderungen vor, die beseitigt gehören.

Einen weiteren Raum nahm die Aussprache über die Stellung des **Religionsunterrichts im Konkordatsentwurf** ein.

Ein **sozialdemokratischer** und ein demokratischer Redner wiesen auf die Bedenken hin, welche in Lehrerkreisen wegen der Gefährdung der Simultanschule herrschen. Zwei Vertreter der liberalen

mittelständlerischen Fraktion teilten diese Meinung nicht; sie waren vielmehr der Auffassung, daß in der Fassung des Artikel XI eine indirekte Anerkennung der Simultanschule erblickt werden könne.

Der Unterrichtsminister sowie der Berichterstatter bestätigten diese Auffassung und betonten, daß es selbstverständlich sei, daß in einem Konkordat mit dem Vatikan die Simultanschule nicht ausdrücklich festgelegt werden könne.

Die **Abstimmung** über den katholischen Kirchenvertrag wurde ausgesetzt, weil noch die Beratung über den Vertrag mit der evangelischen Kirche durch die Landessynode abgewartet werden sollte, die gleichzeitig im Landtag tagte.

Sodann trat der Haushaltausschuß in die Beratung des Entwurfs eines **Staatsvertrags mit der evangelisch-protestantischen Landeskirche** ein. Schon die äußere Aufmachung des Entwurfs ließ eine kürzere Beratung erkennen, einmal, weil dieser sich im allgemeinen Wortlaut an den ähnlichen mit der katholischen Kirche anlehnt, dann aber auch, weil die Bestimmungen mit geringen Unterschieden einander entsprachen. Lediglich die Besetzung akademischer Lehrstühle an der evangelischen Fakultät Heidelberg weist eine wesentliche Aenderung auf. Diese Frage hat aber auch gerade auf Seiten des evangelischen Vertragspartners große Hemmungen hervorgerufen. Die Einigung erfolgte in der Richtung, daß die Berufung oder Anstellung von Theologie-Professoren an der Fakultät im **Benehmen**, auf dem Lehrstuhl für praktische Theologie, jedoch, wenn damit die Leitung des prakt.-theologischen Seminars verbunden ist, im **Einvernehmen** mit der obersten Kirchenbehörde zu erfolgen hat. Die Staatsleistungen an die evangelische Kirche sind nach dem Vertrag auf jährlich 240 000 Mark festgesetzt. Der geschichtliche Werdegang dieser Staatsverpflichtungen an die evangelische Kirche ist aus dem Werdegang der evangelischen Kirche heraus ein wesentlich anderer als wie bei der katholischen Kirche. Die evangelische Kirche war seit 1771 bis zum Jahre 1918 ausgesprochene Staatskirche. Dieses Verhältnis änderte sich im Jahre 1918, weil damals der Großherzog mit dem Thronverzicht am 22. November 1918 auch sein Amt als oberster Herr der Landeskirche niederlegte. Inzwischen ist eine neue Kirchenverfassung in Kraft getreten, ohne daß dabei der Grundsatz einer völligen Trennung von Staat und Kirche Geltung erlangt hätte. So sind enge finanzielle Beziehungen zwischen Staat und Landeskirche bestehen geblieben. Mit Rücksicht darauf, daß in Preußen der Abschluß von Kirchenverträgen von evangelischer Seite seiner Zeit gefordert worden war, glaubte man auch aus Gründen der Parität auf Seiten der bad. Regierung wegen Abschluß eines Kirchenvertrags an den evangelischen Oberkirchenrat herantreten zu müssen. Dies geschah durch Anfrage des Kultusministers am 26. Mai 1930.

In seiner Antwort wies der evangelische Kirchenpräsident darauf hin, daß grundsätzliche Bedenken dagegen nicht beständen, daß es aber möglich und für die evangelische Kirche auch tragbar sei, wenn das Grenzgebiet zwischen dem Staat und den Kirchen in Fühlungnahme mit diesen durch einseitiges Staatsgesetz seine Nominierung finde. Am 21. Oktober 1930 wurde dann der evangelischen Landeskirche der fertiggestellte Referentenentwurf zugesandt; ein abgeänderter Referentenentwurf ging derselben am 13. Januar 1931 zu und unterm 24. August 1931 erklärte der Oberkirchenrat in Verhandlungen über die einzelnen Bestimmungen eintreten zu können. Am 14. November 1932 wurde dann der Kirchenvertrag in vorliegendem Entwurf von Vertretern der Staatsregierung und der Landeskirche unterzeichnet. Die Abstimmung über den Vertrag wurde ausgesetzt, da man das Ergebnis der Verhandlungen der Landessynode abwarten will.

Die Beratungen finden ihren Fortgang am Mittwoch, wo nun die Abstimmung stattfinden soll.

Tagung der evangelischen Landessynode

Der Staatsvertrag mit der evangelischen Landeskirche

Gleichsam als Auftakt zu den Auseinandersetzungen im Landtag über das Konkordat mit der katholischen Kirche und dem Staatsvertrag mit der evangelischen Landeskirche nahm die **Landessynode** den mit ihrer Kirche abgeschlossenen Vertrag in Arbeit. Der **Verfassungsausschuß** der Synode hat in mehrtägigen Sitzungen das Vertragswerk durchgesprochen. Auch beim evangelischen Staatsvertrage ist wie beim katholischen Konkordat nur eine Annahme oder Ablehnung im Ganzen möglich. Der Verfassungsausschuß kam zu dem Beschlusse, die Annahme des Vertrags zu empfehlen. Im besonderen betonte der Ausschuß auch, **daß an der badischen Simultanschule festgehalten werden müsse.** Auch empfiehlt der Ausschuß Zustimmung zu der **Erklärung der Kirchenregierung** zum Staatsvertrag, die folgenden Wortlaut hat:

Die evangelische Landessynode hat zwar der Vorlage zugestimmt, sie stellt aber fest, daß der evangelisch-protestantischen Landeskirche der genügende Einfluß auf die Besetzung der theologischen Lehrstühle an der Universität Heidelberg nicht eingeräumt wird und insofern der Vertrag der evangelischen Kirche mit dem badischen Staat nicht als gleichwertig mit dem entsprechenden Vertrag der katholischen Kirche anerkannt werden kann.

Einem eingehenden Ausschußbericht folgte eine **Aussprache**, die sich vor allem durch eine große **Sachlichkeit** auszeichnete. Man muß die **Art**, wie von allen Richtungen, ob Anhänger oder Gegner, dieser Staatsvertrag behandelt wurde, als geradezu vorbildlich bezeichnen. Es wäre zu wünschen, daß der Landtag in derselben Ruhe und Sachlichkeit die Beratung der Konkordate vornehmen möchte, daß auch draußen im Lande mit derselben Leidenschaftslosigkeit die Fragen erörtert würden, wie es hier von der Synode der Fall war. Dabei bestehen auch in der Synode scharfe, sachliche Gegensätze. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten selbst in den einzelnen Gruppen und Fraktionen; jede bürgerliche Fraktion umfaßt Anhänger und Gegner des Vertrags.

Geschlossen und einmütig lehnt nur die Fraktion der **religiösen Sozialisten** den Staatsvertrag ab. Diese Ablehnung begründete unser Genosse Prof. Dr. **Dietrich** in einer ausgezeichneten Rede. Gen. Dietrich verwies darauf, daß im Jahre 1927 die damalige Synode **einstimmig** grundsätzlich jedes Konkordat abgelehnt habe. Der Redner fragt den Kirchenpräsidenten, was ihn im Gegensatz zu jenem einstimmigen Beschlusse veranlaßt habe, heute ein Konkordat vorzulegen. Das Wort **Parität** sei nicht angebracht. **Die religiösen Sozialisten sind grundsätzliche Gegner des Staatsvertrags.** Die Kirche hätte Anlaß, das Jahr 1918 zu feiern, das ihr die volle Freiheit gegeben habe. **Die Konkordate sind Einschnitte in die geschichtliche Entwicklung der Kirche.** Man dürfe dem Loslösungsprozeß der Kirche vom Staat nicht in die Arme fallen. Wenn der Staat gegen den Kirchenpräsidenten Einspruch erhoben hätte, weil er etwa Monarchist ist, so hätten wir dagegen protestiert, denn die Einstellung des Kirchenpräsidenten geht den Staat gar nichts an. Der Vertrag ist nicht nur abgeschrieben vom preußischen Vertrag, sondern er ist sogar **falsch** abgeschrieben. Das evangelische Kirchenvolk ist bereit, Opfer zu bringen, wenn die Kirche in Not ist. Man müsse endlich versuchen, aus der jahrhundertealten Verbindung herauszukommen und sich auch finanziell unabhängig zu machen. **Wir lehnen das Konkordat nicht aus politischen Gründen ab, sondern nur aus kirchlichen Gründen und aus Gründen des Glaubens.** Wir glauben, daß auch ohne Staatsvertrag die Kirche bestehen würde. Bravo und Händeklatschen bei den religiösen Sozialisten lohnten die klaren, tiefgründigen und mit tiefem sachlichem Ernst vorgetragenen Darlegungen des sozialistischen Redners.

Bemerkenswert waren die Ausführungen des nationalsozialistischen Sprechers. Er setzte sich in anerkennenswert sachlicher Weise für die Annahme des Vertrags ein. Er steht damit im Gegensatz zu seinen Freunden im Landtag, die bekanntlich Gegner der Konkordate sind. Die nationalsozialistische Kirchenregierung wird schon den nötigen Druck ausüben, um die Landtagsfraktion umzustimmen. Man wird also gespannt sein können, wie sich die Nationalsozialisten im Landtag verhalten werden.

banner zusammenarbeitenden Verbandes ehemaliger Kriegsteilnehmer „Union Fédérale" und die kleinere Gruppe Fédération nationale des Combattants républicains" (140 000 Mann), die aus dem Erlebnis des Weltkrieges heraus die große Lehre gezogen haben, aus einer Welt in Waffen eine Welt ohne Waffen zu machen.

Kurt Lenz.

Daß von allen Seiten **ein starkes Bekenntnis für die Simultanschule abgelegt** wurde, daß deren Erhaltung als unbedingte Forderung der ganzen Synode festgestellt wurde, darf als besonders begrüßenswertes Ergebnis der Generalaussprache verzeichnet werden. Eine **Nachtsitzung** brachte die Aussprache und erste Lesung des Staatsvertrags zu Ende. Der Vertrag dürfte in der Synode in der am Mittwoch stattfindenden zweiten Lesung mit großer Mehrheit genehmigt werden.

Das evangelische Konkordat in erster Lesung von der evangelischen Synode angenommen

Die Aussprache über den evangelischen Staatsvertrag war nachts 12 Uhr beendet. In namentlicher Abstimmung wurde dann der Vertrag in erster Lesung mit 131 gegen 21 Stimmen angenommen; 3 Abgeordnete fehlten.

Keine Weihnachtsfreude

ohne Beteiligung an der Arbeiterwohlfahrtslotterie 1932.

Rund um Hindenburg

Eine politische Reportage

Wieder einmal steht das Palais des Reichspräsidenten für einige Tage im Zentrum der deutschen Innenpolitik. Das heißt, nicht das eigentliche „Palais", Wilhelmstraße 73, das augenblicklich einem Umbau vom Dach bis zum Keller unterworfen ist, sondern der rechte Flügel des Reichskanzlerhauses, in dem der Reichspräsident vorübergehend untergebracht ist.

Kein Wunder, daß der Personenkreis um den Reichspräsidenten von Hindenburg, dessen letzter politischer Entschei den kommenden Monaten eine ganz bestimmte, höchst persönliche Note aufdrücken wird, momentan im Scheinwerferlicht der öffentlichen Meinung steht.

Der Reichspräsident selbst ist, wie der tägliche Beobachter der Wilhelmstraße und der Reichskanzlei beobachten kann, augenblicklich von einer körperlichen Frische, die gerade in den letzten Monaten allerlei zu wünschen übrig ließ. Jeder Kinobesucher, der den Tonfilm von der Präsidentenparade anläßlich des 85. Geburtstags des Reichspräsidenten beobachtete, konnte mit wenig kriminalistischem Scharfsinn feststellen, daß dem Reichspräsidenten das Abschreiten der Front und vor allem das Auf- und Abgehen der Treppen vor dem Präsidentenhaus sichtlich große Beschwerden bereitete.

Während der Reichspräsident unter der Kanzlerschaft Hermann Müllers durch politische Aktivität und klare Erkenntnis der sich um den Reichstag und die Wilhelmstraße abrollenden Geschehnisse seine allernächste Umgebung zweifellos überragte, ist er jetzt mit zunehmendem Alter mehr als bisher das „Produkt seines Milieus" geworden.

Diese Umgebung" des Reichspräsidenten, die so unendlich wichtig für die deutsche Staatsführung der Gegenwart und der nächsten Zukunft ist, beschränkt sich deshalb in allerletzter Zeit auf den Familienkreis des Marschallpräsidenten und seines Sohnes, auf die militärische Gruppe, die ihn umgibt und auf die vor allem vom Staatssekretär Dr. Meißner dem Reichspräsidenten persönlich zugänglich gemachte Gruppe hoher Verwaltungsbeamter und Wirtschaftsführer.

Der Familienkreis.

Der Reichspräsident lebt in der Familie seines Sohnes, des Adjutanten und Reichswehrobersten, der zusammen mit dem Rittmeister von der Schulenburg seinen Vater täglich vom frühen Morgen bis zum späten Abend umgibt. Ein dritter ehemaliger Militär des früheren 3. Garderegiments zu Fuß, der jetzige Oberregierungsrat von Riedel ergänzt die Personengruppe, die zusammen mit der Frau des Obersten von Hindenburg sozusagen den Familienkreis des Reichspräsidenten ausmacht. Frau von Hindenburg nimmt dem Reichspräsidenten sämtliche Haushaltsorgen ab und „repräsentiert" bei wichtigen Empfängen und Galadiners zusammen mit der Frau des Staatssekretärs Dr. Meißner das „Präsidentenhaus". Die beiden Töchter des Obersten von Hindenburg im Alter von 8 und 9 Jahren bilden das kindlich belebende Element in der allernächsten Umgebung des Reichspräsidenten.

Oberst von Hindenburg war zuzeiten das Objekt der politischen Reporter, die mit aller Gewalt aus ihm einen politischen Faktor ersten Ranges machen wollten. Das stimmt jedoch nicht. Der Oberst, den die Rechtspresse anläßlich der Präsidentenwahl sozialistischer und republikanischer Neigungen verdächtigte, ist ein ganz und gar unpolitischer Mensch, der keineswegs den Ehrgeiz besitzt, als politischer „Thronfolger" seines Vaters eines Tages in Erscheinung zu treten. Gewiß. Er spricht täglich mit seinem Vater bei den Mahlzeiten und in den Ruhepausen sehr viel auch über Dinge der Politik. Aber im großen und ganzen wird er mehr als Informator denn als politischer Gestalter gewertet. Hundert und Tausende von Dingen werden ihm zugetragen, mit dem höheren Zweck, es dem Reichspräsidenten in dieser oder jener Form zur Kenntnis zu bringen. In Wirklichkeit dürfte jedoch nur ein Bruchteil dieser „politischen Informationen" an die richtige Adresse gelangen.

Die Militärs.

Die den Reichspräsidenten umgebende Gruppe der Militärs besitzt übrigens neben der „Adjutantur" des Obersten von Hindenburg einige wichtige Zugänge zum Reichspräsidenten, die in erster Linie vom **Reichswehrminister Schleicher**, weiterhin von dem ehemaligen Gardisten, dem jetzigen Staatssekretär der Reichskanzlei **Planck** und von dem Reichspressechef-Reichswehrmajor a. D **Marcks** wahrgenommen werden.

Diese Gruppe der Militärs um den Reichspräsidenten nützt übrigens ihre höchst wichtige Position keineswegs im Sinn einer bestimmten Partei und noch weniger im Sinn eines politischen Herrenklubs aus.

Die antikapitalistische Tendenz, die aus der jüngeren Gruppe der Reichswehrmilitärs an den Reichspräsidenten herangetragen wird, hat Herrn von Hindenburg schon manche Kopfschmerzen gemacht.

Diese Militärs um den Reichspräsidenten in politischen und militärischen Stellen sind keine Nationalsozialisten. Sie denken in erster Linie an die höheren Zwecke der Armee und versuchen im Interesse einer möglichst wirksamen künftigen „Landesverteidigung" auch das Arbeitnehmer-Element politisch heranzuziehen. Der Begriff „Gewerkschaft" ist für sie absolut nicht der Schreckpopanz wie für die zivile Menschengruppe um den Reichspräsidenten, die Leute des „Herrenklubs".

General Schleicher ist zweifellos kein Freund irgendwelcher Arbeiter-Organisationen. Er sieht sie jedoch als politische Gegebenheiten an und pflegt sich im internen Kreis nicht sehr respektvoll über Schwerindustrie und Großkapital auszusprechen. Wenn es nach ihm ginge, würde er mit einem Federstrich gewisse Industriezweige und agrarische Eigentumstitel sofort verstaatlichen, wenn die kommende Kriegsführung dies notwendig und die allgemeine politische Stimmung im Volk dies als nützlich erscheinen läßt. Irgendwelche Autarkiewünsche sind natürlich dieser Gruppe von Militärs für ihre strategischen Pläne besonders wertvoll und vielleicht treffen sie sich in diesem Punkt am nächsten mit der NSDAP.

Die Arbeitslosigkeit bedeutet auch in den Augen dieser Militärs ein Grundübel unserer Staatswirtschaft und ein entnervendes Faktum der Volksgesundheit, die sie sehr wohl einzuschätzen wissen.

Kurz und gut, die Militärs um Hindenburg sind keineswegs eine Gardetruppe des Großkapitals. Im Gegenteil. Die Tatsache, daß der Reichswehrminister sich in den letzten Monaten so außerordentlich zurückgehalten hat, dürfte damit erklärt werden, daß er vor und am 13. August, mehr als klug, den Eintritt der nationalsozialistischen Führung in die Reichsregierung forciert hat.

Das Zivil.

Neben der militärischen Führergruppe übt maßgeblichen Einfluß auf den Reichspräsidenten selbstverständlich der **Staatssekretär Dr. Meißner** und die mit ihm sympathisierende Personengruppe aus, die zum Teil der höheren Bürokratie, dem führenden Unternehmertum und einer Gesellschaftsschicht entstammt, die man gemeinhin mit dem Namen **„Herrenklub"** zu bezeichnen pflegt. In Wirklichkeit ist der eigentliche Herrenklub nicht von der großen Bedeutung, die man ihm in der Provinz draußen gibt. Tatsächlich sind es einige Persönlichkeiten des „Union-Klubs", das heißt für Sport und Technik interessierte Leute des Groß-Unternehmertums, vor allem des Reichsverbands der deutschen Industrie die maßgeblichen Einfluß auf den Staatssekretär Dr. Meißner ausüben.

Uebrigens ist es nicht der Staatssekretär allein, der den Reichspräsidenten berät. Die ihm unterstellten Ministerialräte, **Herr Döhle**, der die Fragen der inneren Politik bearbeitet und **Baron Huene**, der dem Reichspräsidenten Vortrag über die Außenpolitik hält, stehen in engem persönlichen Kontakt mit dem Reichspräsidenten. Vor allem Baron Huene, der Sohn des bekannten Kommandierenden Generals versteht es, durch seinen täglichen Vortrag über außenpolitische Dinge persönlich auf den Reichspräsidenten zu wirken.

Von größter Bedeutung auf die politische Willensbildung des Reichspräsidenten ist übrigens auch der **Reichspressechef**, Reichswehrmajor **Marcks**. Dieser Sohn eines großen Gelehrten ist anerkanntermaßen kein Durchschnittsmilitär. Schon als Pressechef des Reichswehrministeriums hat er es seit Jahren verstanden, die besten Beziehungen zur Tagespresse herzustellen und sich dort einen geachteten Namen zu erwerben. Eine Anzahl von militärwissenschaftlich höchst wertvolle Aufsätze und Broschüren hat den Ruf befestigt, daß der jetzige Reichspressechef ein geistig hochstehender Mann ist, der keineswegs aus militärischen Ressortgründen das weite Feld der Innen- und Außenpolitik zu vernachlässigen und zu übersehen pflegt.

Sein Vortrag vor dem Reichspräsidenten formt alltäglich das politische Gesichtsfeld Herrn von Hindenburgs. Da auch Major Marcks wie die übrigen Militärs um General von Hindenburg dem sogenannten **„Tat"kreis Zehrers** und **Oertzens** nahesteht, dürfte der Vortrag keineswegs im engen Sinne „deutschnational" gehalten sein, sondern den Gedankengängen jener Militärs entsprechend die Notwendigkeit eines starken sozialen Schutzes der Arbeitnehmerschaft herausstellen.

Selbstverständlich wird **das konservative Gesamtbild**, das sich seit Jahren im Kopf des Reichspräsidenten von Hindenburg geformt hat, nicht umstürzend geändert werden, weder durch die militärische noch die zivile Menschengruppe um Paul von Hindenburg.

Neudeck.

Dagegen ist der politische Einfluß, dem der Reichspräsident auf seinem Gut Neudeck in Ostpreußen unterliegt, eindeutig und klar. Hier herrscht der Geist großagrarischen Konservatismus, der von allen Menschen der näheren Umgebung, den Gutsverwaltern und Angestellten sowohl wie von den Gutsnachbarn, dem früheren Reichstagsabgeordneten und Großgrundbesitzer **Elard von Oldenburg auf Januschau** und in zweiter Linie von dem **Burggrafen zu Dohna-Schlobitten** genährt wird.

Herr von Oldenburg ist der Besitzer der Herrschaft Januschau, die in nächster Nähe von Neudeck liegt. Dazu benützt aber von Oldenburg noch weitere fünf Rittergüter in Westpreußen, Ostpreußen und in der Provinz Brandenburg, in dem Umfang von über 4000 Hektar **Graf von Dohna-Schlobitten**, der Fideikommißherr auf Finkenstein und Brunau ist einer der größten Gutsbesitzer in Deutschland überhaupt, der übrigens als Landwirt mustergültige Betriebe unterhält.

In Neudeck ist also der Einfluß der Umgebung des Reichspräsidenten völlig eindeutig und klar, und es ist kein Wunder, daß die Entlassung des Reichskanzlers **Brüning** in Neudeck maßgeblich vorbereitet worden ist.

*

Dagegen durfte der politische Einfluß der „Umgebung" des Reichspräsidenten in Berlin trotz der höchst bedauerlichen Ausschaltung des preußischen Ministerpräsidenten **Otto Braun** aus dem Milieu Herrn v. Hindenburgs, in dem er sozusagen **das demokratische Korrektiv** war, etwas komplizierter sein. Ein Freund **Adolf Hitlers** ist der Reichspräsident, wie allgemein bekannt, keineswegs. Hier scheiden sich zwei Welten: Hier der altpreußisch-korrekte Militär mit seiner Selbstbeherrschung und Ruhe, die schon im alten Heer sprichwörtlich war, — — — dort der neurasthenische Pathetiker und Prophet des Dritten Reiches, der Mann „mit dem Schaum vor dem Mund", wie ein englischer Kollege kürzlich geschrieben hat.

Die nächste Zukunft Deutschlands wird also neben dem allerletzten politischen Entschluß des Reichspräsidenten von seiner „Umgebung" geformt werden, einer Menschengruppe, in der die vielfältigsten politischen Interessen und Weltanschauungen zum Ausdruck kommen. Der wichtigste Faktor für die Aufhellung des Dunkels, das heute noch über dem deutschen Schicksal liegt ist allerdings der Wille und der Entschluß des „Alten Herrn", der mehr Macht in seinen Händen vereinigt wie kein preußischer König und kein deutscher Kaiser vor ihm.

Hermann Schützinger.

Tagesschau

Berlin, 22. Nov. Die Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei konstituierte sich; Fraktionsvorsitzender wurde wiederum **Prälat Dr. Leicht**, stellv. Vorsitzender Abg. Dr. Pfleger.

*

WTB. **München**, 22. Nov. Das Plenum des **bayerischen Landtages** beschloß in der ersten Sitzung nach der parlamentarischen Pause heute nachmittag nach einer Erklärung des Landtagspräsidenten Stang und nach einem Protest der Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die seit dem 17. Juni ausgeschlossenen **Nationalsozialisten wieder zu den Sitzungen** zuzulassen.

*

Washington, 22. Nov. Die Unterredung zwischen **Hoover und Roosevelt** begann heute nachmittag im Weißen Haus. Es ist das erstemal in der Geschichte der Vereinigten Staaten, daß der amtierende Präsident seinen Gegner und Nachfolger zur Entscheidung über wichtige Probleme heranzieht.

*

Genf, 22. Nov. (Eig. Draht.) Am Dienstag ist der **Alarmzustand** des Genfer Infanterieregiments 3 und des Landwehrbataillons 103, der seit dem Blutbad vom 9. November verfügt war, **aufgehoben** worden. In der Zwischenzeit hat der Untersuchungsrichter Dutzende von Teilnehmern **an der antifaschistischen Demonstration verhaften lassen.**

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Was ist ein Glücksbrief?

Ziffern und Zahlen aus einem großen Lotteriewerk

Briefe sind oft genug Schicksale. Im guten und im schlechten. Auch in unserer so unromantischen Zeit umwittert den Boten und den Brief oft genug noch ein Schimmer des Geheimnisvollen. Selbst die Nüchternheit eines bürokratisierten Postbetriebs in allen Kulturländern hat es noch nicht ganz zu tilgen vermocht, daß die Menschen, die der Unberechenbarkeit des Daseins so gern dumme und weniger dumme Gedanken und Gefühle zu widmen pflegen, gerade hier dieser ihrer Gewohnheit ihren Tribut zollen. Zu Neujahr „wünscht" sich immer noch die zivilisierte Menschheit gegenseitig „Glück" und schickt sich, jeder nach seinem Geschmack „Gratulationen" in die Häuser. Als wenn es sich da um einen Urtrieb handelte, der eben seinen Grund in sich selbst trägt . . .

So will auch ein „Glücksbrief" der **Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt 1932** angesprochen werden: als eine Botschaft des Schicksals und eine Gabe aus geheimnisvoller Hand, die vielleicht das große Glück des Daseins, auf das jeder insgeheim wartet, auch wenn er noch so wenig mit irgend einer Form des Aberglaubens etwas zu tun hat, zu bringen vermag. In diesem Falle aber scheidet jeder Aberglaube erst recht aus. Denn in einem solchen „Glücksbrief" ruhen zugleich rechnerisch durchaus faßbare und greifbare Chancen, so daß der große Wurf dennoch einem gelingen kann.

Zehn Lose der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie zu 5 Mark und zwanzig Lose der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie zu 10 Mark enthält solch ein Glücksbrief. Dem stehen auf der anderen Seite, auf der Seite der Lotterie, nicht mehr und nicht weniger als 135 516 Gewinne und zwei Prämien, das alles im Gesamtwerte von 450 000 Mark, gegenüber. Gerade die Arbeiterwohlfahrtslotterie als das **große Lotto der Werktätigen in Deutschland** legt Gewicht darauf, lieber auf den pompösen, aber auch nur äußerlich und fälschlich blendenden Anreiz eines Schlagergewinns von vielleicht 100 000 Mark, der eben doch nur immer einen einzigen Glücklichen erreichen kann, zu verzichten, dafür aber die Zahl der Gewinner in der Gesamtheit auf möglichst zahlreiche Losinhaber zu verteilen. Immerhin gibt es auch bei der Arbeiterwohlfahrtslotterie noch Hauptgewinne von je 20 000, je 10 000 und je 2500 Mark neben den beiden Prämien von je 5000 Mark. Der Gewinnplan enthält ferner 10 Gewinne zu je 500 Mark, 100 Gewinne zu je 100 Mark, 400 Gewinne zu je 50 Mark, 5000 Gewinne zu je 10 Mark, 10 000 Gewinne zu je 5 Mark und 120 000 Gewinne zu je 2 Mark.

Gerade bei dieser sozialen Lotterieordnung, die mit voller Absicht so durchgeführt ist, wird der **Erwerb eines „Glücksbriefes"** erst recht verlockend. Bei anderen Lotterien mögen sich die kleinen Gewinner damit begnügen müssen, „mit dem Los herauszukommen", wie man so sagt. In Wirklichkeit ist das gar kein eigentlicher Gewinn. Bei der Arbeiterwohlfahrts-Weihnachtslotterie entfällt auf den kleinsten Einsatz von 50 Pfennig wenigstens ein Gewinn in vierfachem Wert, nämlich 2 Mark.

Deshalb kann man sich wohl **kaum ein besseres Weihnachtsgeschenk** denken als den Erwerb eines solchen Glücksbriefes für einen Angehörigen, zumal die Ziehung der Lotterie wenige Tage vor dem Fest stattfindet. Der Wert eines Geschenks liegt ja zum guten Teil in seiner Wirkung als Ueberraschung, die man dem Beschenkten zuteil werden läßt. Hier darf man sie zweimal haben.

Schenkt also Losbriefe der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie 1932 zu Weihnachten. Ihr dient damit zugleich der großen Sache der Sozialarbeit in Deutschland.

Wissen ist Macht

Die Bedeutung der Büchergilde Gutenberg.

Der in Mexiko lebende Schriftsteller B. Traven, **von dem** bisher neun Bücher bei der Büchergilde Gutenberg erschienen sind, hat an diesen seinen deutschen Verlag kürzlich einen Brief gerichtet, in dem er die Frage, ob die geistigen Bedürfnisse des Proletariers hinter den materiellen zurückgestellt werden können, mit folgenden Sätzen beantwortet:

„Was für den Proletarier viel wichtiger ist als das faschistische Geprügel um den Knochen, das ist, daß der Proletarier klar im Kopf bleibt, daß er die Hoffnung nicht aufgibt, daß er keiner seelischen Zerrüttung anheimfällt, daß seine geistigen Fähigkeiten nicht einschlafen, daß er wach bleibt und völlig aufgeweckt, um bereit zu sein, wenn er glaubt, daß seine Stunde nun geschlagen hat. Wer Sorgen zu haben hat, ist der Nazi, denn er ist die Reaktion, die Bremse am Rad der ökonomischen und geistigen Weiterentwicklung der Menschheit. Der Arbeiter braucht keine andere Sorge zu haben, **als wach zu bleiben und geistig rege zu bleiben.** Die Nazis prügeln sich um Leichname und Knochen. Der Arbeiter braucht sich nicht zu prügeln, mit niemand, nicht einmal mit den Kapitalisten. Die ökonomische Entwicklung vollzieht sich mit unaufhaltsamer Notwendigkeit nach jener Richtung hin, die alle Hoffnungen des Proletariers erfüllen. Das können weder Reformen, noch Nazis, noch Faschisten aufhalten. Aber dem Proletarier wird nichts geschenkt. Er muß sich seinen Kuchen verdienen und hart verdienen. Die Befreiung des Arbeiters beginnt nicht mit dem Lesen von Parteiprogrammen. Die Befreiung des Arbeiters beginnt in seinem eigenen Kopfe und nicht in seinem Bauch."

Diese Sätze haben besonders in einer Zeit Gültigkeit, die wie die heutige jeden schaffenden Menschen vor die Frage stellt, ob er wie ein Arbeitstier dahinvegetieren oder ob er sich selbst und seiner Klasse die Voraussetzungen für den Sieg in kommenden Entscheidungskämpfen verschaffen will. Die Büchergilde Gutenberg, die sich trotz der schwierigen Verhältnisse nicht nur behauptet, sondern ihre Leistungen und ihren Mitgliederstand verbessert hat, gibt ihm dazu die Gelegenheit und die Möglichkeit. Die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg haben jetzt die freie Auswahl unter mehr als 150 Werken der erzählenden und populärwissenschaftlichen Literatur. Die führenden Autoren der verschiedenen Nationen sind im Programm der Büchergilde Gutenberg vertreten. Die Ausstattung der Werke wird allgemein als vorbildlich anerkannt, und wiederholt schon sind mehrere Bücher der Büchergilde Gutenberg unter die 50 bestausgestatteten Werke des betreffenden Jahres aufgenommen worden und haben so die höchste Auszeichnung erfahren. Jedes Vierteljahr kommen mindestens drei neue Bücher dazu. Die Bestellung braucht sich aber nicht auf diese Bücher zu beschränken, sie kann sich auf alle bisher erschienenen Werke der Büchergilde erstrecken. Bei der Zusammensetzung des Programms wird den verschiedensten Bedürfnissen und Wünschen Rechnung getragen.

Die Vertrauensleute und Geschäftsstellen der Büchergilde Gutenberg erteilen gern nähere Auskunft. Dieser Gemeinschaft werktätiger Buchleser, die zur Zeit eine Werbewoche veranstaltet, in der die schönen Werbeprämien der Büchergilde Gutenberg besondere Beachtung finden dürften, ist ein voller Erfolg zu wünschen.

Typhusepidemie in Sofia

Sofia, 22. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die Typhusepidemie in Sofia hat einen beängstigenden Umfang angenommen. Die Zahl der Erkrankten beträgt trotz aller Gegenmaßnahmen bereits über tausend. Alle Krankenhäuser sind überfüllt. Da viele Typhuskranke nicht sofort angemeldet und isoliert werden, verbreitet sich die Seuche immer mehr. Im Bahnhofviertel ist kaum noch ein Haus ohne Kranke. Ueber die Zahl der Todesfälle wurden bisher keine Angaben gemacht. Die Sterblichkeit solle, wie von ärztlicher Seite versichert wird, 10 bis 15 Prozent betragen.

Am 3. Dezember 1932 findet garantiert die Ziehung der Wohlfahrts-Geldlotterie statt. Mark 15 000.— werden verlost. Es ist aber nicht nur der günstige Gewinnplan, welcher diese Lotterie sympathisch macht, sondern ihr sozialer Zweck. Der Reinertrag dient zur Fürsorge für die Armen und Notleidenden.

Volkswirtschaft

Wie sieht der Arbeitsmarkt aus?

Uns wird geschrieben:

Die offiziellen arbeitsamtlichen Angaben für das ganze Reich weisen in den letzten Wochen einen nicht unerheblichen Rückgang der „Arbeitslosenziffern" nach. Nach diesen Angaben hat sich die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Wochen, verglichen mit dem Vorjahr, wie folgt verändert (in Tausend):

	1931	1932
1.—15. Juli	+ 2	+ 16
15.—31. Juli	+ 34	— 100
1.—15. August	+ 114	— 10
15.—31. August	+ 111	— 159
1.—15. September	+ 109	+ 40
15.—30. September	+ 31	— 163
	+ 401	— 432
		+ 56
	bleiben	— 376

Danach stieg im Jahre 1931 in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September die Zahl der Arbeitslosen um rund 400 000, während sie in der gleichen Zeit des Jahres 1932 um 376 000 gesunken ist.

Wie aber steht die **Gesamtlage?** Ist in der Tat die Zahl der „Erwerbslosen" in dieser Höhe gesunken? Die augenblicklichen Aufrufe zur Winternothilfe sprechen eine andere Sprache! In der Tat bedarf es genaueren Hinsehens, um die Rechenkünste der maßgebenden Aemter in bezug auf die Arbeitslosenziffern zu durchschauen.

Von der arbeitsamtlichen Statistik werden nämlich nur die „Unterstützungsempfänger" erfaßt, sie ist im Hinblick auf das Gesamtproblem daher ungenau und irreführend und verschleiert den Tatbestand einer wachsenden Schrumpfung des Beschäftigungsgrades.

Zu der Kategorie der von den Arbeitsämtern erfaßten Arbeitslosen (Unterstützungsempfänger) tritt die verhältnismäßig große Zahl jener Entlassenen, die nicht als arbeitslos registriert werden, weil sie aus diesem oder jenem Grund keinen Unterstützungsanspruch haben und es daher für nutzlos hielten, sich in den Kartotheken des Arbeitsamtes führen zu lassen. Zweifellos handelt es sich bei diesen Leuten aber auch um „Arbeitslose", die auf Besetzung eines freiwerdenden Arbeitsplatzes ebenfalls Anspruch erheben. Einen Anhaltspunkt für die zahlenmäßige Erfassung dieser Arbeitslosenkategorie bietet die Krankenkassenstatistik in der Gegenüberstellung zur Arbeitslosenstatistik. Hieraus ergibt sich, daß von Mitte 1929 bis Mitte 1931 etwa 700 000 Personen, von Mitte Mai 1931 bis Mitte 1932 sogar 950 000 Personen entlassen worden sind, die **nicht als Arbeitslose registriert** wurden. In diesem Sinne waren am 30. Juni 1932 nicht 5,48 Millionen, sondern rund 7,1 Millionen Arbeitslose oder — genauer gesprochen — Anwärter auf eine Arbeitsstelle vorhanden.

Diese Bewegung verschärfte sich mit der Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über den Bezug der Arbeitslosenunterstützung im Juni 1932. Das Heer der „unsichtbaren Arbeitslosen" wuchs im Juli um 107 000, im August sogar um 169 000 Menschen. Für den Monat September fehlen noch die Vergleichsziffern, es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß die arbeitsamtlich festgestellte Verminderung der Arbeitslosenzahl um 123 000 Menschen sich auf ähnliche Art erklärt, zumal in diesem Monat bis zu 60 000 Menschen als Notstandsarbeiter oder im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigte aus den amtlichen Arbeitslosenlisten gestrichen wurden.

Es liegt ferner durchaus im Bereich der Wahrscheinlichkeit, daß darüber hinaus beispielsweise durch Aberkennung des Unterstützungsanspruchs sich die Gesamtzahl um die noch fehlenden 63 000 vermindert haben kann. Somit wäre am Ende September eine Zahl von rund 7,1 Millionen Anwärtern auf Arbeit nach wie vor gegeben, bei einer offiziellen Arbeitslosenziffer von 5,1 Millionen.

Es kann also von einer Verminderung der Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen nicht gesprochen werden. Lediglich ein Gleichstand des Beschäftigungsgrades bei noch rund 12,75 Millionen beschäftigter Arbeitnehmer läßt sich statistisch feststellen.

Daß im Jahre 1932 in den Monaten Juli bis September die Arbeitslosenziffer bei weitem nicht in dem Maße stieg wie in der gleichen Zeit des Vorjahres, ist aber beileibe nicht etwa auf Wirkungen des Papen-Programms zurückzuführen. Es sind im wesentlichen andere Momente, die diese Wirkung ausgelöst haben. Während in dieser Berichtszeit 1931 eine akute Kreditkrisis ihren starken Einfluß auf Entlassungen geltend machte, fehlte dieses Moment 1932. Ueberdies ist 1932 der verhältnismäßig belanglose Rückgang zum Teil darin begründet, daß in den ersten Monaten des Jahres eine verhältinsmäßig schwache Belebung in den Saisonberufen erfolgte, was zu einer gewissen Schwächung des sonst im Herbst einsetzenden Entlassungsfaktors führte. Schließlich mögen die verschiedenen Regierungsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung Teil kompensiert haben. Aber **nur von einer Kompensation kann die Rede sein.** Denn während die durch das Papen-Programm begünstigten Unternehmergruppen in den Stand gesetzt wurden, allerlei reklamehaft aufgebauschte Neueinstellungen vorzunehmen, macht **der Rückgang in anderen Wirtschaftsgruppen weitere Fortschritte.**

Jegliche Statistik also, die eine Milderung der Arbeitslosigkeit in den vergangenen Wochen anzeigt, ist daher in hohem Grade irreführend! Man kann im günstigsten Falle von einem **Gleichstand der Beschäftigung** sprechen. Dieser ist das Ergebnis verschiedener, teils zufälliger Faktoren und **deutet nicht auf eine beginnende, allgemeine Wirtschaftsbelebung.** Wr.

*

Der Bericht über die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 1. bis 15. November lautet:

Nach den letzten statistischen Feststellungen vom 31. Oktober waren in Württemberg und Baden rund 8500 Notstandsarbeiter und 18 000 Arbeitsdienstwillige in zusätzlichen Arbeiten beschäftigt. Da diese in zusätzlichen Arbeiten Beschäftigten in der Statistik als für den freien Arbeitsmarkt noch verfügbar weiter gezählt werden, ergab sich infolge der jahreszeitlichen Abnahme der Beschäftigung eine Zunahme der von der Statistik erfaßten Arbeitsuchenden um 5707 Personen.

Der Gesamtbestand an Arbeitsuchenden betrug am 15. November 286 330 Personen, 117 326 entfielen auf Württemberg und Hohenzollern und 169 004 auf Baden. Von den Arbeitsuchenden waren 266 091 als arbeitslos anzusehen und zwar 106 142 in Württemberg und 159 949 in Baden. Die Entwicklung der Unterstützten-zahlen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zeigt in der Arbeitslosenversicherung zum erstenmal seit längerer Zeit eine geringe Zunahme um 443 Hauptunterstützungsempfänger, während die Belastung der Krisenfürsorge nochmals eine Abnahme um 2572 Personen erfahren hat.

Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 2129 oder um 2,1 v. H., nämlich von 99 291 Personen (78 743 Männer, 20 548 Frauen) auf 97 162 Personen (77 532 Männer, 19 630 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 42 549 gegen 43 001 auf Baden 54 613 gegen 56 290 am 31. Oktober 1932. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. November 1932 auf 1000 Einwohner 19,3 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge; dazu kamen auf 1000 Einwohner noch 16,3 Wohlfahrtserwerbslose. Nach dem ergänzten Ergebnis der Zählung vom 31. Oktober 1932 waren 81 908 Arbeitslose aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt.

Die Nazis und die Schlachtsteuer

Was die Nazi versprechen, wie sie lügen und betrügen

Die **Schlachtsteuer,** also die Steuer auf Fleischerzeugung, Fleischverarbeitung und Fleischverbrauch, eine der unsinnigsten Steuern, die man sich überhaupt denken kann, ist für die **Nazis zu einer regelrechten Tragikomödie** geworden.

Als sich die alte preußische Regierung unter dem Druck der Regierung Papen — der Reichskanzler Papen drohte mit der Einsetzung des Reichskommissars, verweigerte aber die Zahlung von 100 Millionen Mark, auf die Preußen einen rechtlichen Anteil hat, zum Ausgleich des preußischen Etats — zur **vorübergehenden** Einführung der Schlachtsteuer entschließen mußte, erhoben gerade die Nationalsozialisten ein hysterisches Geschrei. Der „rote Klepper" malträtierte durch die Fleischsteuer die Landwirtschaft, drossele das Gewerbe und verteuere das Fleisch, so hieß es in den Propagandareden der Nazis. In Berlin arrangierten die Nazis sogar unter den Metzgern einen Verkaufsstreik. Der Erfolg der Nazis bei der Reichstagswahl im Juli 1932 unter den Handwerkern ist nicht zuletzt auf ihre Propaganda gegen die Fleischsteuer zurückzuführen.

Seitdem ist nicht ganz ein halbes Jahr verflossen. Wir sehen aber, daß gerade die **nationalsozialistisch regierten Länder,** von der Anregung des Reichskanzlers Papen, die Fleischsteuer einzuführen, allzu reichlichen Gebrauch machen. Zuerst hat die nationalsozialistische Regierung **Oldenburgs** unter recht fadenscheinigen Vorwänden die Fleischsteuer durchgeführt. Jetzt wird aus **Braunschweig** gemeldet, daß sich auch dort die nationalsozialistisch-deutschnationale Regierung für die Einführung der Schlachtsteuer entschieden hat, obwohl vor der letzten Reichstagswahl sowohl die Nazis als auch die Deutschnationalen erklärten, die Schlachtsteuer werde **niemals** kommen.

Dieselbe Entwicklung werden wir in den nächsten Tagen in **Mecklenburg-Schwerin** und in **Mecklenburg-Strelitz** erleben. Auch hier werden die nationalsozialistische bzw. deutschnational-nationalsozialistische Regierung die Fleischsteuer durchführen. In Strelitz ist der Versuch schon vor Monaten gemacht worden. Er scheiterte damals am Widerstand der Sozialdemokraten. Die nationalsozialistische Fraktion in Strelitz, die mit der Fleischsteuer stark Wahlpropaganda gemacht hatte, konnte damals nicht gut anders, als sich dem Protest der Sozialdemokraten anzuschließen. Heute glaubt man die Rücksichtnahme auf die Wähler nicht mehr nötig zu haben. So veröffentlicht die nationalsozialistische Fraktion in Mecklenburg-Schwerin eine Kundgebung, in der sie sagt, die **Schlachtsteuer werde keinen Landwirt belasten und den Handel mit Fleisch vereinfachen. (??)** Auch die Hausschlachtungen werden nicht darunter leiden. Das ganze nennt sich nationalsozialistische Wahrheitsliebe und nationalsozialistische Steuerpolitik. Die Belastung durch die Fleischsteuer ist so hoch, daß alle Beteiligten, Landwirte, Metzger und Konsumenten, verspüren werden, was die Fleischsteuer bedeutet.

Deutsche Getreideernte 1932

Auf Grund der abschließenden Novembermeldungen der amtlichen Berichterstatter über die Ernteergebnisse sind vom Statistischen Reichsamt folgende Gesamterntemengen für das Jahr 1932 festgestellt worden: Winterroggen 8 271 000 Tonnen, Sommerroggen 93 000 Tonnen, Winterweizen 4 356 000 Tonnen, Sommerweizen 647 000 Tonnen, Spelz 155 000 Tonnen, Wintergerste 624 000 Tonnen, Sommergerste 2 590 000 Tonnen, Hafer 6 650 000 Tonnen.

Im Vergleich mit den endgültigen Ergebnissen des Vorjahres (1931) ist nach diesen Schätzungen die diesjährige Ernte bei allen Getreidearten erheblich größer ausgefallen. Sie übertrifft bei Roggen die vorjährigen Erträge um 25 Prozent, bei Weizen um 18 Prozent, bei Sommergerste um 3 Prozent, bei Wintergerste um 23 Prozent und bei Hafer um 7 Prozent.

Krach in der Filmindustrie

In der **Filmindustrie** krachts und die **Tonbildsyndikat-A.G.** (Tobis) ist davon nicht verschont geblieben. Die deutsche Tobisgesellschaft ist u. a. von den Schwierigkeiten der holländischen Tobisgesellschaft und des Küchenmeisterkonzerns beeinflußt worden. An sich hätte der Betriebsüberschuß des Jahres 1931/32 nach Vornahme der normalen Abschreibungen einen anständigen Gewinn übrig gelassen. Es mußten aber sehr hohe außerordentliche Abschreibungen vorgenommen werden. Der Vergleich mit den holländischen Gesellschaften brachte einen Gesamtverlust von 2,6 Millionen Mark. Die Schuldner, die in der Vorjahrsbilanz mit 6,8 Millionen Mark ausgewiesen waren erforderten Abschreibungen von nicht weniger als 5 Millionen Mark. Darin sind Verluste bei zusammengebrochenen Filmunternehmen (Emelka, Deutsches Lichtbildsyndikat) enthalten. Schließlich mußte auch auf Beteiligungen (Ultraphon!) mehr als eine Million Mark abgeschrieben werden. Um diese hohen Abschreibungen vornehmen zu können, werden die 1,2 Millionen Mark Aktien, die die Tobis aus dem Vergleich mit den holländischen Gesellschaften erhalten hat, eingezogen. Das Restkapital von 10,8 Millionen Mark wird auf die Hälfte, auf 5,4 Millionen Mark zusammengelegt. Die vom Reiche subventionierte Commerz- und Privatbank erleidet aus ihrer Aktienbeteiligung an der Tobis einen neuen Millionenverlust.

Gemeindepolitik

Unübertragbarkeit von Steuerforderungen der Gemeinden

Die Finanznot hat verschiedene Gemeinden dazu geführt, zur Befriedigung ihrer Gläubiger Steuerforderungen an diese abzutreten. Das Ministerium des Innern macht in einem an die Bezirksämter, Polizeipräsidien und die Polizeidirektion Baden-Baden gerichteten Erlaß darauf aufmerksam, daß derartige Zessionen nach herrschender Auffassung mit Rücksicht auf die besondere verwaltungsmäßige Regelung, der solche Forderungen unterliegen, unzulässig und ohne rechtliche Wirksamkeit sind.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 21. November. Rosa Strickfaden, 47 Jahre alt, Schreiners-Ehefrau in Waldprechtsweier. Marie Schmid, 83 Jahre alt, Landwirt-Witwe. Beerdigung am 23. November, 14 Uhr. Luise Schröder, 39 Jahre alt, Kaufmanns-Ehefrau. Beerdigung am 24. November, 12.30 Uhr. Anna Kühlenthal, 83 Jahre alt, Oberin. Feuerbestattung am 24. November, 14.30 Uhr. — 22. November: Henriette Herz, 64 Jahre alt, Putzfrau. Anna Doerschuck, 52 Jahre alt, Elektrotechnikers-Ehefrau. Beerdigung am 24. November, 14 Uhr.

Täglich machen findige Hausfrauen neue Entdeckungen —

was man nicht alles mit Henkels wundervollem 1Mi kinderleicht reinigen kann: Schmucksachen, wie Ketten, Ringe, Armbänder, Steine oder Perlen, glitzern nach einer Behandlung mit 1Mi in bestechender Klarheit. Die Sachen bürstet man mit einer alten Zahnbürste in einer warmen Lösung ab, spült mit klarem Wasser nach und poliert darauf mit einem weichen Flanellappen.

Chefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortlich: Politik, Freistaat Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Feuilleton, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. Grünebaum; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtszeitung, Karlsruher Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Fiele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Aus aller Welt

Acht Jahre Zuchthaus wegen Gattenmordes

WTB. Darmstadt, 22. Nov. Das Schwurgericht verurteilte am Dienstag die Ehefrau Joest aus Niederliebersbach im Odenwald wegen Totschlags an ihrem Manne zu acht Jahren Zuchthaus. Frau Joest hatte, um einen jungen Mann heiraten zu können, ihren Mann auf den Speicher ihres Hauses gelockt, wo sie vorher einen richtigen Galgen errichtet hatte. Sie hatte dem ahnungslosen Manne im Verlaufe eines vom Zaune gebrochenen Streites plötzlich eine Schlinge um den Hals geworfen und zugezogen.

Sprengstoff-Fund an Eisenbahnstrecke

WTB. **Münster**, 22. Nov. Zwei Arbeiter fanden heute nachmittag an der **Bahnstrecke nach Hamm** vier Pakete mit Sprengstoff von je einem Kilogramm Inhalt. Eines der Pakete lag unmittelbar an den Schienen. Ob der Schienenräumer einer Lokomotive die Pakete beiseite geschoben hat, steht noch nicht fest. Der Bahndamm wurde abgesperrt.

Steckbrief gegen Bankdirektor Schaefer

WTB. **Düsseldorf**, 22. Nov. Der Untersuchungsrichter hat gegen den Bankdirektor Wilhelm Schaefer wegen Millionenbetrug einen Steckbrief erlassen. Von der Deutschen Bank wurde für die Ergreifung des flüchtigen Bankdirektors eine Belohnung von 5000 ℳ ausgesetzt.

Raubüberfall auf ein Pfarrhaus

Bönninghardt (Kreis Mörs), 22. Nov. Auf den katholischen Pfarrer Sanders wurde in der vergangenen Nacht ein Raubüberfall verübt. Vier Banditen drangen in das Schlafzimmer des Pfarrers ein und zwangen diesen mit vorgehaltenem Revolver, den Geldschrank zu öffnen, aus dem sie alles vorhandene Geld an sich nahmen. Sie forderten auch noch die Brieftasche des Pfarrers. Sodann schlossen die Verbrecher den Pfarrer in sein Schlafzimmer ein. Einem Hund, der ihnen im Treppenhaus begegnete, schnitten sie den Hals durch. Die Täter, denen etwa 300 Mark in die Hände fielen, konnten unerkannt entkommen.

Die Mutter ermordet ihr Kind

Am Montag hat die der Kindesmißhandlung beschuldigte Frau Boddin aus Berlin N., die ihre **sechsjährige voreheliche Tochter** von der Grenzstraßenbrücke warf und vom Zuge überfahren lassen wollte, um sich in den Genuß einer Versicherungsprämie zu setzen, das Geständnis ihres grausigen Verbrechens wiederholt und ergänzt. Nach diesem Bericht wollte Frau Boddin die kleine Rosemarie am Abend des 11. November zunächst im Landwehrkanal ertränken. Sie behauptet, daß sie an der Tiergartenschleuse bis zu den Knien im Wasser gestanden und das Kind vor sich hergestoßen habe. Es seien jedoch Leute hinzugekommen, so daß sie die Beobachtung der Tat fürchtete. Zum zweitenmal wollte Frau Boddin das Kind am Wulfila-Ufer, zum drittenmal am Teltowkanal ins Wasser stoßen. Auch diese Versuche mißlangen. „An der Grenzstraßenbrücke," erzählt nun Frau Boddin, „kam es über mich. Dort faßte ich den Entschluß. Ich hob Rosemarie in die Höhe und forderte sie auf, sich mit den Händen am Geländer anzuklammern. Dann packte ich das Kind an den Fußsohlen und warf es hinunter auf die Gleise. Ich hörte noch den dumpfen Aufprall."

Die Annahme, daß Rosemarie Boddin einem **Sittlichkeitsverbrecher** zum Opfer gefallen sei, ist mit den Geständnissen der Mutter **endgültig widerlegt**. Ebenso besteht offenbar keinerlei Zusammenhang zwischen dem an dem Kinde verübten Verbrechen und der Tatsache, daß neben dem Kinde auf den Gleisen eine Türfüllung lag, die von Einbrechern in einer nahe gelegenen Mädchenschule herausgeschnitten worden war. Der Verdacht gegen die Frau des Postschaffners Boddin wurde zuerst durch die erschreckende Angst, die das Kind vor seiner Mutter empfand, wachgerufen. Noch als Rosemarie nach der Einlieferung ins Krankenhaus halb bewußtlos war und ihm die Blase entleert werden mußte, wobei die Bettwäsche ein wenig beschmutzt wurde, jammerte das Kind im halben Delirium: „Mutter, ich kann doch nichts dafür, ich kann doch nichts dafür". Der Verdacht verstärkte sich dann durch die eifrigen Bemühungen der Frau Boddin, das Kind unter allen Umständen aus dem Krankenhaus und aus der Beobachtungssphäre der Aerzte und der Polizei herauszubekommen.

Der seit einem halben Jahre arbeitslose Postschaffner Boddin scheint von der Tat nichts gewußt zu haben; er ist am Montag abend aus der Haft entlassen worden. Als Boddin seine Frau, eine geborene Prokorra, heiratete, hatte er bis dahin auch weder gewußt, daß sie vordem ihr Geld durch Prostitution verdient hatte, noch war ihm bekannt gewesen, daß sie die Mutter eines zweijährigen Kindes war. Die kleine Rosemarie Prokorra war zur Zeit der Eheschließung der Mutter in einem Waisenhaus untergebracht. Als das Kind ins Haus der Mutter kam, begann sein Leidensweg . . .

Der Stiefvater, sagen die Hausbewohner übereinstimmend aus, hat das Kind stets gut und liebevoll behandelt. Die Mutter schlug jedoch die kleine Rosemarie oft derart, daß man **wochenlang die Spuren ihrer Roheiten sah.** Wenn die Mutter aus Andeutungen erfuhr, daß Rosemarie den Hausbewohnern etwas erzählt hatte, wiederholte sie die Züchtigungen, so daß das Kind schließlich vollkommen eingeschüchtert wurde und nichts mehr von den entsetzlichen häuslichen Vorgängen verriet. Die Polizei, die von verschiedenen Seiten auf die Mißhandlung aufmerksam gemacht wurde, verstand Frau Boddin ebenso schlau zu täuschen wie ihren eigenen Ehemann, der die Behauptungen der Hausbewohner für Klatsch, ihre Anzeigen für grundlos hielt. Boddin glaubte auch seiner Frau, daß ihre täglichen Vormittagsausgänge, zu denen sie Rosemarie stets mitnahm „der Arbeitssuche" dienten. In Wahrheit zog Frau Boddin stets dem Kinde in einem Hausflur die Kleider aus und alte zerrissene Sachen an, um auf diese Weise den mitleiderweckenden Eindruck zu erhöhen, wenn sie — mit Rosemarie von Haus zu Haus zog und auf den Höfen sang. Das Geld, das dem sonderbaren Paar zugeworfen wurde, setzte Frau Boddin stets in der nächsten Kneipe in Bier und Schnaps um. —

Selbstverständlich wird die kleine Rosemarie, deren Genesung langsam fortschreitet, nicht wieder ins Elternhaus zurückgebracht werden. Die Stadt Berlin wird vermutlich ihre Erziehung übernehmen.

Sarrasani in Not

Zirkus Sarrasani in Dresden teilt mit, daß das Unternehmen am Donnerstag geschlossen werde und keine Zahlungen mehr leisten könne. Das gesamte Personal mit Ausnahme desjenigen, das zur Pflege der Tiere und Abwicklung der Geschäfte gebraucht wird, werde entlassen. Die Löhne und Gehälter könnten vorläufig nicht gezahlt werden. Das rigorose Vorgehen der Dresdener städtischen Behörden habe den Zusammenbruch herbeigeführt. Im übrigen hoffe man, daß ein Darleben der sächsischen Regierung ein Gastspiel in Berlin ermögliche, wo sich mehr Verdienstmöglichkeiten als in Dresden ergeben. Falls dann das Reich, worüber ebenfalls verhandelt werde, eine Ueberfahrtsgarantie leiste, werde der Zirkus im nächsten Jahre in Südamerika ein etwa neunmonatiges Gastspiel durchführen.

Zirkus Sarrasani beschäftigt gegenwärtig noch etwa 350 Mann. Die täglichen Kosten übersteigen die Einnahmen um das Zehnfache. Mit der Sowjet-Republik schweben Verhandlungen wegen Ankaufs des Zirkus.

Gontards Engländer

Im Leipziger Landesverratsprozeß wurde am Montag die Vernehmung des Generaldirektors von Gontard, des **Hauptbelastungszeugen des Angeklagten Bullerjahn**, fortgesetzt. Der Verteidiger des Angeklagten sprach von der Version, nach der Herr von Gontard in einem englischen Klub, hinter einer Zeitung verborgen, nur per Zufall ein Gespräch über das angebliche Verratsangebot mit angehört haben soll. Der Zeuge bestritt die Wahrheit dieser Erzählung.

Anschließend kam die im Oktober 1931 aufgenommene eidliche Aussage des Kriminalkommissars Göpner zur Verlesung. Es heißt darin: „Mir hat Dr. von Gontard immer nur etwas von einem Vertrauensmann erzählt. Ich hatte den Eindruck, daß dieser Vertrauensmann ein guter Bekannter Gontards und zwar ein Engländer war." Von mehreren Engländern, so heißt es in dem Protokoll weiter, habe der Zeuge niemals gesprochen."

Der Vorsitzende hält nun Herrn v. Gontard vor, daß der Wortlaut des verlesenen Protokolls mit den Gontardschen Behauptungen im jetzigen Prozeßstadium **nicht übereinstimme.** Der Zeuge hätte von mehreren Personen gesprochen. Außerdem ergaben sich noch weitere Widersprüche. — Es kommt dann noch bei den Erörterungen der Vorgänge am 23. Dezember 1924, den Bullerjahn nicht mit Landesverrat, sondern mit — Vorbereitungen zu einer Weihnachtsfeier verbracht haben will, zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Angeklagten und dem Zeugen. Als der Vorsitzende den Angeklagten um Mäßigung bittet, erwidert Bullerjahn: „Sie können mir nicht verdenken, daß ich in einem derartigen Tone gegenüber einem Generaldirektor spreche, dem ich 15 Jahre Zuchthaus zu verdanken habe!"

Nächste Woche
Geld-Lotterie
Ziehung 3. Dezember
15000
6000
5000
6000
Gewinne insgesamt
Preis 50 ₰, Doppelt. 1.- ℳ
Porto und Liste 30 Pfg.
Stürmer Mannheim O 7, 11
Postscheckkonto 2.0 Karlsruhe
und alle Verkaufsstellen

Plakate
in ein- und mehrfarbiger Herstellung liefert schnell und preiswert
die Verlagsdruckerei Volksfreund
GmbH., Karlsruhe, Waldstraße 29

Kleine bad. Chronik

* **Bühl**, 22. Nov. **In den Straßengraben gestürzt und ertrunken.** Sonntag spät abends geriet der Zollassistent Lippe aus Söllingen, als er von einer Versammlung mit dem Rad nach Hause fuhr, kurz vor der Vimbucherbrücke in der Dunkelheit offenbar von der Straße abseits und stürzte in den mit Wasser gefüllten Straßengraben, so daß er ertrank. Wie es zu dem Unfall kam, wird vielleicht die Untersuchung ergeben.

* **Kuppenheim** (bei Rastatt), 22. Nov. **Noch gut abgelaufener Autounfall.** Montag vormittag geriet ein Lastkraftwagen an der Kurve bei der Murgbrücke ins Schleudern und fuhr auf einen in gleicher Richtung fahrenden Geschirrwagen auf. Durch den Anprall wurde eine auf dem Bock sitzende Frau aus Ottersdorf auf die Straße geschleudert; sie kam mit dem Schrecken davon. Durch den Zusammenstoß wurden der Geschirrwagen sowie das Geschirr erheblich beschädigt. Es war ein Glück, daß das Pferd nicht scheute.

* **Obergrombach** (Amt Bruchsal), 22. Nov. **Schlüsselbein gebrochen.** Am Montag verunglückte der verheiratete Martin Butterer dadurch, daß das von ihm geführte Rind scheute und ihm derartig stark auf die Schulterblätter traf, daß das Schlüsselbein gebrochen wurde.

* **Kehl**, 22. Nov. **Französischer Deserteur verhaftet.** Im Hafengebiet hat gestern die Polizei einen französischen Soldaten in Uniform festgenommen. Es handelt sich um einen 19jährigen Studenten aus Paris, der in Saarburg beim 25. Schützenregiment diente und am Donnerstag sich von seinem Truppenteil entfernt hatte. In der Sonntagnacht gelang es ihm, über die Eisenbahnbrücke zu kommen und sich im Hafengebiet zu verstecken. Offenbar hat ihn der Hunger aus seinem Versteck herausgetrieben. Der Deserteur wurde ins Amtsgefängnis eingeliefert und wird sich wegen Paßvergehens zu verantworten haben.

* **Auenheim** (Amt Kehl), 22. Nov. **Schwerer Unfall.** Der 30 Jahre alte ledige Schiffer Jakob Moser von hier wurde in Basel beim Uebernehmen des Drahtseiles eines anderen Schiffes, das mit dem seinen zusammen die Fahrt nach Straßburg machen sollte, am Bein von dem Drahtseil erfaßt und gegen einen Boller gerissen. Dabei wurde ihm der Fuß am Knöchel abgedrückt. Der Verunglückte wurde ins Baseler Krankenhaus verbracht.

* **Kork**, 22. Nov. **Vorgeschichtliche Funde.** In einer Kiesgrube beim ehemaligen Fort Böse fand man in zwei Meter Tiefe menschliche Knochenreste und einen guterhaltenen Tonkrug. Die überlagernden Sand- und Kiesschichten stammen von Hochwassern des Rheins und der Kinzig. Der Tonkrug lag in einer dunklen Masse, die wohl von einem Totenfeuer herrührt. In der Nähe der Fundstelle wird wohl eine menschliche Siedlung gewesen sein.

* **Baden-Baden**, 22. Nov. **Bilderdiebstahl.** Samstag abend haben Diebe aus einem Hause in der Pburgstraße ein wertvolles Gemälde — es soll sich um einen Feuerbach handeln — entwendet. Die Wohnungsinhaberin war gerade abwesend. Die Täter, von denen jede Spur fehlt, hatten also genügend Zeit, das Bild kunstgerecht aus dem Rahmen herauszuschneiden.

* **Freiburg** i. B., 22. Nov. **Verzweiflungstat einer Mutter.** Anläßlich einer durch das Stadtjugendamt Freiburg unter polizeilichem Schutz vorgenommenen Verbringung zweier Kinder in das Waisenhaus kam es im Stadtteil Stühlinger mit den Eltern zu scharfen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Mutter einen Selbsttötungsversuch unternahm, so daß sie in die Chirurgische Klinik verbracht werden mußte.

Nur etwa 10 bis 12 Pfennige kostet Sie im Durchschnitt
die Kilowattstunde für Beleuchtungs-, Kraft- und Heizzwecke
wenn Sie nach dem Badentarif auch elektrisch kochen. Ueberzeugen Sie sich!

Lest Bücher
damit schult ihr den Verstand!

TACHO Schnellwaagenfabrik G.m.b.H.
Karlsruhe in Baden
älteste deutsche Neigungswaagenfabrik liefert Schnellwaagen aller Art für Kleinhandel, Lager- u. Fabrikbetriebe

Baubedarf G. m. b. H.
Müller-Glauner-Taxis
Baumaterialien-Handlung
Brauerstr. 6B · Telefon 7576/77

Reserviert

Nur ein Griff aus der Reihe unserer verblüffend billigen **Kittel-Angebote!**
Damen-Kittel Knop- od. Wickelform, aus gutem Zefir mit buntem Besatz **1.95**
Damen-Kittel Knopf- od. Wickelform, aus Trachten-Siamosen oder Zefir **2.95**
Damen-Kittel in blau od. braun, mit entzückendem modernen Besatz **3.45**
Damen-Kittel hervorragende Qualität, aus farbig. Trachten-Siamosen od. weiß Linon **3.95**
Damen-Kittel Satin, in schwarz od. blau-weiß getupft, aparte Neuheiten **4.75**
Gummi-Schürzen kräftige Qualitäten, m. Metallösen Kreuz u. Bindeband schöne Muster **0.48** 0.95 0.75
Herr.-Lederol-Mäntel schwarz mit Tuchkragen, doppelseitig tragbar **24.-**
Nutzen Sie die **gewaltigen Vorteile** unseres **letzten**
Reste-Verkaufs
vor Weihnachten!
Man kauft gern bei
KNOPF

BESUCHT DAS
VOLKSHAUS
SCHÜTZENSTRASSE 16
Moninger Bier
GUTE KÜCHE UND KELLER
EIGENE SCHLACHTUNG
ANGENEHMER AUFENTHALT

Milch das billigste und bekömmlichste Nahrungsmittel

In der
Schuh-Zentrale Offenburg, Hauptstraße 38
kauft man gut und preiswert

Agrarkartelle

Friede zwischen Großagrariern und Schwerindustriellen auf Volkskosten

Angesichts der bekannten Gegensätze zwischen der agrarischen Richtung v. Braun und der schwerindustriellen Richtung Warmboldt im zurückgetretenen Reichskabinett dürften folgende Mitteilungen besonders interessieren:

Die deutsche Handelspolitik wird seit rund 50 Jahren zu einem erheblichen Teil von dem **Bündnis zwischen den ostelbischen Großagrariern und der westdeutschen Schwerindustrie** bestimmt. Dieses Bündnis entstand gegen Ende der 70er Jahre im vorigen Jahrhundert, als die getreidebauende Landwirtschaft Schutz vor dem Eindringen des billigen überseeischen Getreides forderte und die aufstrebende Eisenindustrie in Deutschland gegen die englische Konkurrenz anlief. Im gemeinsamen Kampf wußten die Ritter von Ahr und Halm und die Schlotbarone ihre Forderungen durchzusetzen.

Dieses gute Verhältnis bestand, auch nach dem Krieg, bis zu dem Augenblick, wo die agrarische Zollpolitik sich totlief. Mit Zöllen allein war das schwierige Preisniveau nicht mehr zu halten. Andererseits verlangte die landwirtschaftliche Veredelung auch für ihre Erzeugnisse (Butter, Käse, Eier usw.) einen ebenso lückenlosen Zollschutz, wie ihn die Großagrarier, der Getreidebau bereits hatten. Man forderte als zusätzlichen Schutz für die Landwirtschaft die **Kontingentierung**, namentlich in der Einfuhr von landwirtschaftlichen Veredelungserzeugnissen. Die Industrie zu **weit.** Sie war sich von Anfang darüber klar, daß die Kontingentierung der Industrie **schwerste Schädigung** bringen und den **Export** von Industriewaren aufs schlimmste bedrohen mußte. Die Abdrosselung der Getreideeinfuhr war schließlich für die Industrie noch zu ertragen, weil die davon betroffenen Länder nicht die großen Abnehmer der deutschen Industrieerzeugnisse sind. Die Durchführung von Einfuhrkontingenten für Molkereierzeugnisse, Fleisch, Gemüse, Obst usw. muß aber auf unsern Industrieexport katastrophal wirken; denn dadurch werden Länder benachteiligt, die die wichtigsten Abnehmer unserer Industrie sind.

Daraus erklärt sich die Stellungnahme der **Industrie gegen die Kontingente.** So ging die jahrzehntelange Freundschaft zwischen den schwerindustriellen und den großagrarischen Baronen in die Brüche. Aber man soll diese Rauferei der Interessenten nicht überschätzen. Nächstens werden sich die feindlichen Brüder **wieder in den Armen liegen.** Darauf deuten Bestrebungen hin, die u. a. von dem schwerindustriellen Langnamverein, dem Beherrscher der J. G. Farben-Industrie Bosch und dem, als Nachfolger des gegenwärtigen Reichslandwirtschaftsministers öfter genannten pommerschen Rittergutsbesitzer v. Knebel-Döberitz in letzter Zeit unternommen worden sind, um den durch die Kontingentierungsfrage entstandenen Riß zu überkleistern. Schließlich braucht man ja die **Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft.**

Die Herren aus der Industrie legen dabei den Großagriern dringend ans Herz, sich doch die Erfahrungen, die von der Industrie mit der Organisierung des Marktes durch **Kartelle und Monopole** gemacht worden sind, nutzbar zu machen. Man will also **landwirtschaftliche Kartelle,** die, gerade wie die Industriekartelle, nur zu Lasten der Verbraucher und der Gesamtwirtschaft funktionieren können.

Die Landwirtschaft, die allerdings nicht Getreide baut, sondern Getreide zukauft, muß sich darüber klar werden, daß die für Kartelle schwärmenden Großagrarier mit ihrer kartellfeindlichen Einstellung die übrige Landwirtschaft der **Ausbeutung durch Industriemonopole** überlassen, zu denen in Zukunft noch das Getreidemonopol tritt. Die Kosten der neuen Freundschaft zwischen Großagrariern und Schwerindustriellen müßte also der deutsche Bauer bezahlen. Es würde eine ähnliche Einigung unter den Großen stattfinden wie beispielsweise bei der Zuckerkontingentierung, die auf dem Rücken der Bauern vor sich ging. Angesichts dieser Aussichten glauben wir noch nicht so recht daran, daß die Landwirtschaft, soweit sie nicht rein großagrarische Interessen hat, zu diesen Projekten ohne weiteres Ja und Amen sagen wird.

Ein Getreidekartell muß, wie das Industriekartell, zu einer **Ausbeutung** der Verbraucher und der Bauern führen.

Wie lange war Hitler im Schützengraben?

Dem SP. wird aus **Augsburg** gemeldet:

Wie lange war **Hitler im Schützengraben?** Das war das Beweisthema, das dem Schriftleiter der sozialdemokratischen **„Schwäbischen Volkszeitung"** in einem Beleidigungsprozeß gegen den Schriftleiter des Augsburger Naziblattes gestellt war. Entgegen der von dem Braunen Haus in München und von dem Beklagten in Wort und Schrift verbreiteten Mär, Hitler sei stets im vordersten Graben gewesen, wurde vor Gericht von einem Regimentskameraden des Oberoisf eidlich bekundet, daß Hitler **ganze 14 Tage** in der vordersten Linie gewesen ist. Darnach kam er zurück in den **Druckposten einer Regimentsordonnanz** und **blieb** es. Auf Grund dieser Feststellung wurde der beklagte **Naziredakteur** wegen Beleidigung der sozialdemokratischen Schriftleiter Georg **Simon** und Josef **Felder verurteilt.** Er muß 60 ℳ Geldstrafe bezahlen, alle Unkosten tragen und das Urteil auf seine Kosten veröffentlichen lassen.

Karlsruher Umgebung

Hagsfeld

Gemeinderatssitzung vom 17. November

Vier Baugesuche, davon 3 durch anonyme Briefe veranlaßt, wurden zur Genehmigung der Baukommission überwiesen. — Die Frauengruppe der NSDAP. verlangt zu dem kürzlich bewilligten Nähabend einen zweiten Abend in der Woche. Dieses Ersuchen wurde mit 5 gegen 1 Stimme und 1 Enthaltung abgelehnt. — Die Verhandlung mit den Rustengraben-Angrenzern hatte ein positives Ergebnis. Demnach verbleiben von dem von Durlach anfallenden Gelände von 2500 Quadratmeter der Gemeinde ungefähr 360. Außerdem muß aus dem Kaufpreis für 25 Jahre der Stadt das ausfallende Steuerkapital ersetzt werden. Erwerbspreis 1360 ℳ, zuzüglich [illegible] als Entschädigung. Nachdem die Hindernisse beseitigt, muß unbedingt an die Ausführung gegangen werden, solange die derzeitige Witterung anhält. — Als Gegenleistung, für ein erstelltes Hoftor, wurde einem ehemaligen Gemeindehausbewohner die Miete für einen Monat erlassen. — Der Holzmacherlohn für den Fleckenschlag wurde für Weichholz 1,40 ℳ, Hartholz 1,60 und Stammholz 1,10 ℳ, entrinden 20 Pfg., festgesetzt. Bestimmt werden hierzu 9 Mann als Holzfäller. — Mehrere Gesuche um Wohlfahrtsunterstützung wurden genehmigt. — Ein kommunistischer Antrag, wonach in zwei Gesuchen Armenunterstützung ohne Eintrag verlangt wird, lehnt der Gemeinderat mit 4 gegen 3 Stimmen ab. Dieser Beschluß, von der bürgerlichen Mehrheit nach langen Wehen geboren, ist für die Besitzbürger von grundlegender Bedeutung. Nachdem die erste Angst verflogen ist, wird es an weiteren Versuchen nicht fehlen. — Vorgetragen werden einzelne Beanstandungen. — Im neuen Schulhaus mußte ein Dampfkessel neu beschafft werden. Kosten insgesamt 542 ℳ. Der alte Kessel wird dem Alteisenhändler David zu seinem Angebot überlassen. — Die sogenannte Hagsfelder Zeitung führt, trotz dem einstimmig abgelehnten Beschluß, die amtliche Bezeichnung. Der Gemeinderat verwahrt sich in einem Schreiben gegen diese Amtsanmaßung.

Knielingen

Naturfreunde

Die immer rührige Ortsgruppe der Naturfreunde veranstaltete am Sonntag, 20. November, zwei öffentliche **Lichtbildervorträge.** Eine freudig erregte Jugend wartete der Dinge, die da vorne auf dem weißen Tuche sich sehen lassen wollten. Und nicht lange und sie standen alle im Bann des zu Schauenden. Schwarzwaldbilder zogen in bunter Folge an ihnen vorüber. Und dann für Kinder die Hauptsache, ihre Märchenbilder! Am Lachen und Schnattern erkannten wir ihre Freude. Später wollten dann die bildungshungrigen älteren Mitglieder auch auf ihre Kosten kommen. (Naturfreunde sind immer „hungrig".) Der „Bauernkrieg", jene bekannte Begebenheit brachte uns Gen. Böhringer-Karlsruhe zur Vorführung. Nicht im einfachen Tatsachenbericht erschöpft er sich, vom Gesichtspunkt des modernen Sozialisten aus gesehen, betrachtet und vermittelt er uns diese Revolte. Angefangen von den ungeheuerlichen Mißständen dieses Standes seierzeit, die hieraus erwachsende Erhebung bis zu ihrer Niederschlagung verstand der Redner seine Höhrer zu fesseln. Reicher Beifall war sein Dank!

Ein Genosse brachte hierauf einen interessanten und gut bebilderten Tourenbericht von einer Gruppenwanderfahrt nach dem Kriegsgebiet in den Vogesen. In lobenswerter Weise hat, wie immer, unsere umfangreiche Musikabteilung ihre Schuldigkeit getan! Ihr, sowie unserem unermüdlichen „Vereinspapa" Förster hat die Ortsgruppe außer dieser Veranstaltung so manche andere gut gelungene Feier zu verdanken. In seinem Schlußwort betonte der Obmann die besonderen Zwecke und Ziele des Vereins und mit dem Appell: Tretet ein in unsere Reihen! konnte eine gut gelungene Veranstaltung beendigt werden.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Der blaue Vogel

Nun kam er wieder angeflogen, der seltene Vogel mit dem exotischen Gefieder, funkelnd und schillernd in allen Farben, noch genau so frisch und unverbraucht wie er in unser aller Gedenken weiterlebte. Das Landestheater hatte damit einen guten Griff getan. Das Konzerthaus war nahezu ausverkauft, ein wahrhaft seltener und befriedigender Anblick, der gleich zur Vollendung der Stimmung wesentliches beitrug. Direktor Jushny, der Manager und Hüter des Blauen Vogels, in unverminderter Tatkraft und geistvollem Humor, hinter dessen gewollter Schnoddrigkeit sich ein sehr bewußtes Wissen um Welt und Leben verbirgt, weiß um seine Sendung und um sein Werk, das als deutsch-russische Kleinkunstt sich die Welt eroberte. Das reichhaltige Programm, das viele Neuerungen erfahren hat, zeigte Heiteres und Ernstes, Satirisches und tragisch Untermaltes in zwangloser Folge. Am stärksten in der Wirkung sind die Bilder aus dem russischen Volksleben, voran die „Wolgaschiffer", die in ihrer stumpfen Monotonie und weglosen Schwermut etwas Erschütterndes haben. Nicht ohne satirischen Beigeschmack waren die sich sehr verwandten Szenen „Am Marktplatz" und „Plauderei am Samovar". Hier wurde die Frau aus dem Volke, dort jene aus der sog. Gesellschaft in keifender Klatschhaftigkeit trefflich portraitiert. Entzückend in Idee und Ausgestaltung war „Tick-Tack", ein Uhrensammelsurium eigenwilligster Prägung, vor allem rhythmisch vorzüglich erfaßt. Die „Zweite Rhapsodie von Liszt-Jushny" zeigte eine zwingende Originalität der Gestaltung, war farbenfroh abgestimmt und wurde so graziös dargeboten, daß es eine Freude war, die Handlung zu verfolgen. Mit dunkleren Untertönen waren „Im Abendschein" gehalten, das besonders in der Beleuchtung und der Sicht auf die Kuppeln der Kirchen Moskaus etwas Mystisch-Entrücktes hatte. Feinsinnig auch „Pique-Dame", charmantes Rokoko in silbrigem Lichte. Nicht zu vergessen das virtuose Geigensolo des Fräulein Schuster, deren unendlich weiches, melodiöses und gewandtes Spiel den Zuhörer faszinieren mußte. Die nicht-russischen Typen gelangen nicht ganz so zwingend und hatten manchmal einen zu derben Unterton, so z. B. „Prohibition". Sehr stark war dagegen „Der Leierkasten". In diesen Bildern liegt das eigentlich Bedeutende des „Blauen Vogels", das ihn hinausbebt über alle derartige Unternehmungen und ihm sein persönliches Kolorit, seinen unerreichbaren Zauber geben. Hier zeigt sich das Künstlerauge Jushnys, der das Wesentliche in Bild, Ton und Farbe trifft und ein empfängliches Herz hat für all die getretenen kleinen Kreaturen und ihre Not. Hier schwingt das Tragische mit der leichteren Muse verschwistert, viel inniger vielleicht, als wir gemeinhin annehmen. Das ausgezeichnete, auf das Ganze feinsinnig abgestimmte Orchester verdient einen besonderen Dank. Alles in allem ein genußreicher Abend in unserer so armen, grauen Gegenwart, für den das Publikum mit frenetischem Beifall dankte.

d.

Konzerte

Stiftungsfest der Concordia

Der Männergesangverein Concordia, einer der älteren Chorvereinigungen der Landeshauptstadt, veranstaltete sein Konzert anläßlich des 57. Stiftungsfestes zugunsten der Winternothilfe. In Anbetracht des guten Zwecks, des ausgezeichneten Programms und der prominenten Mitwirkenden hätte der große Festhallensaal besser besucht sein dürfen. Aber es hält eben schwer, heute, wo Jedermann selber Not leidet, für andere ein Opfer zu bringen. — Das Konzert darf zu den besten Veranstaltungen gezählt werden, die die Concordia je herausgebracht hat. Der Chor war unter Leitung von Herrn Rektor Lechner in ausgezeichneter Verfassung. Es war ein Singen, das an die Herzen und an das Gemüt griff. Mozarts „Dir, Seele des Weltalls", bildete einen mächtigen Auftakt des Abends. Es war ein prächtiges Zusammenklingen der Stimmen mit den herrlichen Akkorden der von Hermann Knierer meisterlich gespielten Orgel. Herr Lechner führte seinen Chor zu einer Steigerung, die die Hörer zu spontaner Begeisterung mitriß. Auch die übrigen Chöre, worunter einige Volkslieder, waren subtilst ausgearbeitet, in schöner Reinheit klangen die Stimmen zusammen, man merkte, daß hier im Hinblick auf das Frankfurter Sängerfest besonders peinliche Studienarbeit geleistet worden war. Dieses Singen gereichte dem Chor wie seinem Dirigenten gleichermaßen zur Ehre. — Als Solisten waren Kammersängerin Malie Fanz und Kammersänger Theo Strack vom Landestheater angekündigt. Malie Fanz, die nie Versagende erschien, Herr Strack sagte ab, wegen Krankheit! An seine Stelle trat Karsten Oerner, ein Ersatz, den man sich wohl gefallen lassen konnte, der mindestens gleichwertig war. Man kennt beide von der Oper her, auch auf dem Konzertpodium bestanden sie bestens. Sie sangen Richard Wagner und Richard Strauß. Mit all ihrem Können, mit ihrer ganzen Künstlerschaft und ihrem ganzen schönen Stimmreichtum! Die Blumen für Malie Fanz und der Lorbeerkranz für Karsten Oerner waren so wohlverdient, wie der stürmische, anhaltende Beifall, an dem auch Hermann Knierer als vollendeter Begleiter am Flügel berechtigten Anteil haben durften. — Ein Ball, der die Jugend heranlockte, damit sie auch ihr Scherflein zur Not der Armen beisteuern durfte, schloß den Konzertabend.

—r—

Sonatenabend des Karlsruher Studentendienstes

Ein junges Künstlerpaar stellte sich im großen Saale des Studentenhaus vor: Peter König, Violine, Lene Drach, Klavier. Sie brachten drei Sonaten zum Vortrag, der Weg ging von Joh. Seb. Bach über Joh. Brahms zu Anton Dvorak. Trug die Sonate von Bach sehr jugalen Charakter, so ist das Brahmsische Werk eher als Lied ohne Worte zu bezeichnen, und die Sonate von Dvorak klang stark an die Sonate von Brahms an. Das Konzert wies also eine gewisse geschlossene Linie auf. Lene Drach und Peter König spielten die drei Werke mit anerkennenswerter Meisterschaft. Frl. Drach untermalte in anschmiegsamster Weise, flüssig und in gewandter Selbständigkeit das Spiel des Geigers, der seine ganze Aufmerksamkeit, da die Sonaten technisch keine allzu großen Anforderungen stellten, auf Ausdruck und seelisch-geistige Durchlebung und Verlebendigung legen konnte. Die verhältnismäßig zahlreiche Hörerschaft folgte interessiert und gespannt dem schönen Spiel der Künstler und dankte mit herzlichem Beifall.

-r-

*

Der Schallplatten-Volksverband Berlin-Charlottenburg macht darauf aufmerksam, daß er zum diesjährigen Gabentisch neben den bekannten alten Weihnachtsliedern hervorragende Opernaufnahmen und vollendet schöne Kammermusikplatten der Berliner Philharmoniker herausbringt. Der Bariton Hermann Schey singt Schubertlieder mit der ganzen Tiefe, die seiner wundervollen Stimme anhaftet. Choraufnahmen mit Instrumentalbegleitung wirken ebenso eindrucksvoll wie ausgezeichnete Opernarien in erster Besetzung und Begleitung von Mitgliedern des Orchesters der Staatsoper Berlin. Schließlich sei noch auf eine Reihe neuer Tanz-, Tonfilm- und Unterhaltungsmusik-Platten hingewiesen, die das Aktuelle auf diesem Gebiet, zu erstaunlich billigen Preisen (2.40, 1,60 und 1,40 ℳ) schmissig gespielt wiedergeben.

Gewinnauszug

2. Klasse 40. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 19. November 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 72396 147728
4 Gewinne zu 5000 M. 309082 345758
2 Gewinne zu 3000 M. 202041
14 Gewinne zu 2000 M. 76514 87112 178469 195426 283795 335098 354264
26 Gewinne zu 1000 M. 31622 81030 112482 119436 127140 266185 277728 288497 323398 340467 354041 360055 368559
38 Gewinne zu 800 M. 53464 79266 89170 89615 90117 96436 120258 136929 157963 196123 202325 221567 271120 298100 327035 327081 339960 341797 363955
58 Gewinne zu 500 M. 7616 19473 39114 44791 76614 76743 88846 101871 136679 154695 164744 168042 173467 193141 196700 237531 239790 255755 264595 275467 283941 288590 295903 326876 360131 364335 367992 393903 398958

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 120743
2 Gewinne zu 10000 M. 214721
4 Gewinne zu 5000 M. 200839 227664
6 Gewinne zu 3000 M. 145305 323041 364343
6 Gewinne zu 2000 M. 206451 310060 392540
24 Gewinne zu 1000 M. 63194 125691 186716 215424 216150 230279 269373 296472 316945 331656 337293 337914
40 Gewinne zu 800 M. 42064 49754 64950 81192 83726 91856 113681 114491 145935 146004 232391 247959 254167 255948 259458 314056 337097 374124 385269 391553
58 Gewinne zu 500 M. 15603 31416 36997 41008 49735 85254 105898 140259 140886 159507 169605 181534 192951 208511 228973 232071 266786 273728 275105 309406 344932 357847 358253 363864 381440 385006 386273 392587 396444

Die Ziehung der 3. Klasse der 40. Preußisch-Süddeutschen (266. Preuß.) Staats-Lotterie findet am 14. und 15. Dezember 1932 statt.

Arbeiter-Wohlfahrt Karlsruhe

Heute Mittwoch, 23. November, abends 8 Uhr, findet in der Geschäftsstelle Alter Bahnhof, Kriegsstraße, eine **Vorstandssitzung** statt. **Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert restlos zähliges Erscheinen der Vorstandsmitglieder.**

Empfehlenswerte Spezial-Firmen

B. Veis Söhne, Bretten
Manufakturwaren
Herren- und Damen-Konfektion
Verkaufsstelle der Bleyle-Fabrikate

Emil Kaiser
Bretten, Marktplatz
Aussteuer- und Manufaktur-Geschäft
Das führende Haus am Platze
Nur Qualitäten / Billigste Preise

1 Trommel-Kieswaschmaschine
stündliche Leistung 6—10 cbm.
Diverse Steinbrecher u. Granulatoren
günstig abzugeben. Gefl. Angebote unter V. J. 120 an den Volksfreund

Trinkt das vorzügliche
Franz-Bier
Rastatt

Bei
Gebr. Blechner Nachf.
Rastatt
kauft man Herren- und Damenbekleidung Stoffe und Wäsche äußerst vorteilhaft

Menzinger-Fendel
Transport-Gesellschaft m. b. H. / Kohlen-Abteilung
Kohlen - Koks - Briketts - Holz
zu billigsten Preisen. — Büro Rheinhafen Werfthalle III — Tel. 5383 4667 - 4668

Groß-Karlsruhe

Geschichtskalender

23. November.

1830 *Bildhauer Caspar Zumbusch. — 1830 *Augenarzt Alfred Gräfe. — 1875 †Philosoph Friedr. Alb. Lange. — 1918 Achtstundentag verordnet. — 1918 Amnestie politischer Vergehen. — 1923 Rücktritt Stresemanns, für Marx. — 1924 Leiche Jaurès ins Pantheon. — 1928 Sturmflut auf Sylt usw. Sylt usw.

Mobilmachung gegen den Winter

Mobilmachung gegen den Winter? Ja, soweit man es noch kann. Merkwürdig, daß man jetzt manchmal Eile mit Arbeiten hat, an die man sonst wohl kaum gedacht hätte . . .

Bei Tulpens hat es reingeregnet. Der letzte Sturm hatte arg an den Dachziegeln gezupft und schließlich auch ein paar in den Hof hinuntergeworfen. Das nahm sich Hauswirt Tulpe sehr zu Herzen, denn erstens weil er unterm Dache seine Wohnung hatte, und zweitens, weil ihm eines der Dachziegelstücke bald auf den Kopf gefallen war. Am nächsten Tage schon rückte der Dachdeckermeister an mit Gesellen, Stift und Leitern und Stricken. Und dann kraxelten sie dort oben in luftiger Höhe herum, als wenn sie auf dem Marktplatz spazieren gingen. Schließlich gesellte sich auch noch der Klempner dazu, denn an der Dachrinne konnte auch etwas nicht stimmen, das Wasser ging darüber hinweg und rann an der Wand entlang hinab. An der erst im Sommer frisch getünchten und gekalkten Wand.

Auch die Ofenreiniger haben zu tun. Hier und dort ist ein Ofen, der nicht brennen will. Vater kann sonst alles, aber mit dem Ofen wird er nicht fertig; da muß Mutter den Ofenmann holen, der bald mit Draht, Kelle, Lehm, Schamotte und einem Eimer eintrifft und seine Arbeit beginnt und mit dem Erfolg beendet, daß der Ofen nachher einen Zug hat und eine Hitze entwickelt, die nur bei 20 Grad Kälte auszuhalten ist. Also kann der Winter kommen.

Mutter hofft allerdings, daß es nicht so schlimm wird in diesem Jahre; denn unten im Keller schlummern nur ein paar Zentner Kohlen und noch weniger Holz. Und außerdem bessert sie schon tagelang an Vaters Mantel herum, der noch Friedensware ist, aber nun doch langsam altersschwach wird. Aber dieses Jahr muß er noch gehen, vielleicht wird im nächsten Jahre wieder erdient. Und dann Unterzeug geht auch langsam in die Brüche, dauernd kann sie flicken. „Ach, was brauchen wir Unterzeug, Mutter — wir sind doch Sportsleute," meinten ja Fritz und Erich, die beiden Jungen, als Mutter wieder seufzte. Da zeigte das Thermometer auch noch 10 Grad Wärme — wenn es erst ebensoweit unter Null ist, dann werden sie schon anders reden, dachte die Mutter, und stopfte und flickte emsig weiter.

Nun kann also der Winter kommen —? Aber bitte nicht so stürmisch; denn viele Menschen sind leider nicht in der Lage, mobilzumachen gegen den Winter.

Jugendliche haben keinen Zutritt . . .

Gerhart Hauptmanns „Weber" standen in der letzten Zeit auf dem Programm eines hiesigen Lichtspielhauses. Ich habe mich sehr gefreut, daß damit wieder einmal ein Film gezeigt wurde, der sich mit einem Thema befaßt, das himmelhoch über vielen Stoffen steht, mit denen das pp. Publikum in letzter Zeit gefüttert worden ist. Ich will richtiger sagen, als Futter sich gewünscht hat. Doch über diese Seite soll hier nicht gesprochen werden. So notwendig es auch ist, daß das schaffende Volk sich mit dieser Seite einmal gründlich und — zielbewußt auseinandersetzt. Aber daß man gerade diesen doch wahrhaftig sehr deutschen Film der Jugend verboten hat, das ist bedauerlich. Die Unmenge von Filmen mit teilweise sehr nationalistischem Einschlag stand den Jugendlichen zur Verfügung. Die sogenannten historischen Filme wurden sogar da und dort recht angelegentlich empfohlen. Obwohl man sehr wohl weiß, daß es mit der historischen Treue häufig eine ganz besondere Bewandtnis hat. Zumindest, daß man die etwas weniger schillernde Rückseite der dargestellten Zeitereignisse wohlweislich nicht gezeigt hat. Hatte man etwa Sorge, die Jugend könnte durch die „Weber" sittlich gefährdet werden? Oder sollten die jungen Menschen etwa vor der Erkenntnis bewahrt werden, daß der Kapitalismus auch früher schon Schattenseiten aufwies. Zu einer Zeit, da man keinen Erbfeind zur Hand hatte, den man für alles unverschuldete, grauenhafte Elend verantwortlich machen konnte. Zu einer Zeit, da man die Wirtschaftskrise nicht auf Rechnung einer übertriebenen sozialen Belastung setzen konnte. Zu einer Zeit endlich, da die letzten und tiefsten Ursachen der Not der schlesischen Weber überraschende Aehnlichkeit mit der wahren Ursache unserer gegenwärtigen Lage haben. Fürchtet man, unsere heranwachsende Generation, die jetzt an den Toren des Lebens steht und ihre ungenützte Kraft einsetzen möchte in sinnvoller Tätigkeit für ein sinnvolles Ziel, die ein Recht hat an das Leben, die könnte zur Erkenntnis kommen, wohin sie gehöre. Wo ihr einzig und allein Hoffnung erblühen kann, jemals aus der dumpfen Verzweiflung heraus zu gelangen! Daß der Sozialismus nicht eine Ursache des Zusammenbruches der Wirtschaft ist, sondern eine Folge der Fehler, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet sind, und daß nur er uns alle wird erlösen können.

B.

Ein neuer Gewinnplan für die Winterhilfe-Lotterie

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern hat die Karlsruher Winterhilfe-Lotterie mit sofortiger Wirkung einen neuen stark verbesserten Gewinnplan den noch zu spielenden Serien zugrundegelegt. Während bisher in jeder Serie nur der Hauptgewinn von 500.— Mark, die Prämie von 100.— Mark und ein Gewinn von 50.— Mark als sogenannte größere Gewinne bezeichnet werden konnten, sind jetzt 2 zweitere Hauptgewinne eingefügt worden, und zwar ein neuer Hauptgewinn von 100.— Mark und ein neuer Gewinn von 50.— Mark. Wer also in Zukunft den ersten Hauptgewinn von 500.— Mark nicht erhält — und auf diesen spekuliert ja wohl jeder in erster Linie —, hat wenigstens noch den Trost, entweder den zweiten Hauptgewinn von 100.— Mark oder die Prämie von 100.— Mark zu gewinnen, und wem auch das vorbeigelingen sollte, kann immer noch hoffen, einen der beiden nachfolgenden Gewinne von 50.— Mark zu bekommen. Wer auch hier leer ausgeht, kann nach wie vor einen der zahlreichen kleineren Gewinne erhalten, d. h., wenn er eine glückliche Hand hat. Und das alles für 50 Pfg.

Es ist zu hoffen, daß die Gewinnplanverbesserung einen starken Anreiz auf die Spieler ausübt. Dies ist umsomehr zu wünschen, als der gesamte Ertrag der Winterhilfe-Lotterie unseren notleidenden Mitbürgern zugute kommt.

Die Grundlagen der ländlichen Siedlung

In der von dem Bezirksverein Karlsruhe der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen veranstalteten Vortragsfolge über die ländliche Siedlung behandelte der Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer, Herr Dr. von Engelberg, die Grundlagen der ländlichen Siedlung. Er schied bei ihrer Behandlung zunächst alle die mit der Ostsiedlung zusammenhängenden Fragen aus, da sie einem besonderen Vortrag vorbehalten sind. Weiterhin führte der Referent etwa folgendes aus: Die Grundlagen jeder Siedlung sind Land, Menschen und Geld und es muß zunächst die Frage gestellt werden, ob diese drei Grundlagen heute in Deutschland vorhanden sind. Bezüglich der ersten Frage ist auf die rund 3,5 Millionen Hektar Moor- und Oedflächen zu verweisen, ferner auf das große Landangebot an kultivierter Fläche, vor allem aus dem Großbesitz des Ostens, und schließlich auf die zum Teil stark vernachlässigten großen Grünlandflächen, wie wir sie auch in Baden, in einem schätzungsweisen Umfang von etwa 80—100 000 Hektar, zum Beispiel in der Rheinebene, in der Weschnitzniederung, im Donauried usw. haben. So erstaunlich es auch sein mag, daß ein dicht bevölkertes Land wie Deutschland noch so viel Raum für Siedlungen bietet, so erstaunlich ist die weitere Frage, ob Deutschland mit seinen sechs Millionen Arbeitslosen über genügend Menschen für die Siedlung verfügt. Hierbei ist zu beachten, daß für die Siedlung nur besonders geeignete Menschen in Frage kommen, wobei es sich weniger um die technischen Vorkenntnisse, als um die seelische Eignung handelt. In erster Linie stehen naturgemäß die 2. und 3. Bauernsöhne als Siedler zur Verfügung. Daneben ist aber in Baden zu bedenken, daß ein großer Teil der Industriearbeiterschaft dauernd auf dem Lande lebt, und daß somit aus ihren Arbeitslosen sehr wohl geeignete Kräfte für die Siedlung zur Verfügung stehen. Auch die dritte Frage, ob Mittel für die Siedlung vorhanden sind, muß bejaht werden, wenigstens in dem Sinne, daß sie, wie das die letzten Jahre bewiesen, zu beschaffen sind. Wenn die drei Fragen, ob Land, Menschen und Geld für eine Siedlung in Deutschland zur Verfügung stehen, zu bejahen sind, so muß die weitere Frage nach dem Ziel einer Siedlung in Deutschland gestellt werden. Der Referent bezeichnet als dieses Ziel, landwirtschaftlich nicht genutztes Land in Kultur zu nehmen, oder arbeitsextensiv bewirtschaftetes Land in arbeitsintensive Kultur zu nehmen und dadurch Menschen, die heute ohne Arbeit sind, die Möglichkeit zur Gründung bescheidener Selbstversorgerexistenzen zu geben. Mit der Siedlung kann weder eine große Produktionsausweitung etwa zur Versorgung der Städte verbunden werden, noch können hier neue Steuerquellen für den Staat erschlossen werden. Während bisher der Bauer in Baden zwei Möglichkeiten hatte, auf seiner durch Erbteilung dauernd verkleinerten Scholle seine Familie zu ernähren, nämlich nach Steigerung des Geldrohertrages durch Anbau hochwertiger Kulturen (Gemüse, Obst, Wein, Tabak usw.) oder Nebenerwerb in anderen Berufen, ist diese letztere nunmehr verschlossen. Den Siedler auf den ersten Weg zu verweisen, ist aber falsch, da er nicht über die notwendigen technischen Kenntnisse verfügt, die gerade die Spezialkulturen verlangen. Deshalb bleibt nur der Weg, die Existenz durch Senkung der Ausgaben statt durch Erhöhung der Einnahmen zu gewährleisten. Das kann durch eine weitgehende Befreiung des Siedlers von allen Steuern und Zinslasten ermöglicht werden. Dann vermöchten aber nicht nur Bauernsöhne, sondern auch die auf dem Lande lebenden erwerbslosen Arbeiter leicht eine Siedlerexistenz zu gründen, die sie zu zufriedenen Menschen macht.

An diesem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine interessante und ausgedehnte Diskussion an, die die große Teilnahme der Hörer an dieser wichtigen Frage bewies.

Bad. Landestheater und Notgemeinschaft

Von der **Notgemeinschaft** wird uns geschrieben: Zu den Hauptaufgaben der Karlsruher Notgemeinschaft gehört neben der wichtigsten, zur Linderung der in diesem Notwinter 1932/33 gegenüber dem Vorjahr noch weiter gestiegenen Not die notwendigen Mittel aufzubringen, auch die wirksame Bekämpfung der die Hilfsbedürftigen tief deprimierenden geistigen und seelischen Not. Durch Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung, Brennmaterial und durch die Einrichtung des verbilligten Mittagessens ist in vielen Fällen geholfen, aber gar viele Hilfsbedürftige wollen auch einmal wieder einige Stunden ungetrübte Freude empfinden und die Sorgen des Alltags vergessen.

In der Reihe derjenigen, die das kulturelle Aufgabengebiet des Winterhilfswerks in erster Linie fördern, steht seit Jahren das Badische Landestheater. Durch unentgeltliche Zurverfügungstellung einer großen Anzahl von Freikarten wird manchem Hilfsbedürftigen, der früher gewohnt war, regelmäßig das Theater zu besuchen, der aber jetzt dazu nicht mehr in der Lage ist, wieder der Besuch dieser Stätte deutscher Kunst und deutscher Kultur ermöglicht. Aber auch mancher, der das Theater nur vom Hörensagen kannte, wurde der guten Unterhaltung auf diesem Wege zugeführt.

Während des vorjährigen Winters 1931/32 wurden vom Bad. Landestheater insgesamt 7960 Freikarten für Schauspiele, Opern und Operetten für Notgemeinschaftsempfänger abgegeben. Im vorhergehenden Winter 1930/31 konnten 3910 Freikarten zur Verteilung gelangen. Diese Zahlen beweisen, daß das Bad. Landestheater trotz der eigenen Nöte für die Linderung der geistigen und seelischen Not der Hilfsbedürftigen sein Möglichstes getan hat.

Auch in diesem Jahre wird die Generaldirektion des Bad. Landestheaters der Karlsruher Notgemeinschaft wöchentlich eine bestimmte Anzahl von Freikarten für die Bedürftigen zur Verfügung stellen. Manch Bedürftigem können dadurch einige frohe und genußreiche Stunden bereitet werden. Die Karten werden ausnahmslos durch die Verteilungsstellen des Winterhilfswerkes ausgegeben.

*

(:) **Abschluß des 21. Deutschen Feuerwehrtages.** Der Hauptausschuß des 21. Deutschen Feuerwehrtages hielt am Freitag, 11. November ds. Js., im Rathaus zu Karlsruhe seine **Schlußsitzung** ab. Es wurde festgestellt, daß die Tagung der deutschen Feuerwehrleute in allen Teilen zur vollsten Zufriedenheit aller Beteiligten verlaufen ist. Auch der finanzielle Abschluß der Veranstaltung ist zufriedenstellend. Der 21. Deutsche Feuerwehrtag vom 5. bis 8. August 1932 war die bedeutendste Tagung, die Karlsruhe seit vielen Jahren zu verzeichnen hatte. Ihm nahekommende Veranstaltungen stehen für das nächste Jahr in Karlsruhe in Aussicht, nämlich der 4. Badische Leibgrenadiertag und ein Sängerfest mit einem Gesangswettstreit.

Weiße Zähne: Chlorodont

die Zahnpaste die von mehr als 6 Millionen Menschen — allein in Deutschland — täglich gebraucht wird. Vorzüglich in der Wirkung, sparsam im Verbrauch, von höchster Qualität. Tube 50 Pf. und 80 Pf. Weisen Sie jeden Ersatz dafür zurück.

(:) **Winternothilfe des Karlsruher Hausfrauenbundes.** Seit 1920 gehört die Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten notleidender Frauen zur selbstverständlichen Einrichtung im Vereinsprogramm des Karlsruher Hausfrauenbundes. In den letzten Jahren wird sie in Form eines „Bunten Abends" abgehalten. So soll auch in diesem Jahr am Donnerstag, den 1. Dezember 1932, abends 8 Uhr, in den Räumen der Gesellschaft Eintracht ein Bunter Abend stattfinden mit nachfolgendem Gesellschaftstanz. Das Programm ist mit besonderer Sorgfalt zusammengestellt, und eine Reihe namhafter Künstler hat bereits ihre Mitwirkung zugesagt. Genußreiche Stunden winken jedem Teilnehmer. Wir möchten mit diesen Zeilen heute schon unsere Mitglieder und Freunde auf unsere gute Sache und auf diesen Abend aufmerksam machen und bitten wir, sich Donnerstag, den 1. Dezember, abends, dafür frei zu halten. — Ein Tänzchen in Ehren, wird niemand wehren!

(:) **Wie man die Ausgaben im Haushalt verringern könnte.** Eine Leserin unseres Blattes schickt uns nachstehende Zeilen, die, trotzdem der in denselben enthaltene Vorschlag nicht überall durchzuführen ist, der Beachtung wert sind: In Karlsruhe beginnt die Arbeitszeit in den großen und kleinen Betrieben in den Wintermonaten schon jahrelang um 7 Uhr, ja sogar 10 Minuten vor 7 Uhr, also wie im Hochsommer. Man wird vielleicht entgegnen, wenn man früh anfängt, kommt man früher nach Hause. Es ist aber doch ganz egal, ob man im Winter eine Stunde früher oder später nach Hause kommt. Früher war der frühe Arbeitsbeginn eher berechtigt, aber heute, wo die wöchentliche Arbeitszeit nur 30 bis 40 Stunden beträgt, ist der frühe Beginn nicht mehr notwendig. Warum soll die Familie im Winter zwischen 5 und 6 Uhr aufstehen, Licht und Heizmaterial verbrauchen? Das ist doch das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Es wäre nach meiner Ansicht Aufgabe der Betriebsräte, hier Wandel zu schaffen. Pr.

Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich, Ortsgruppe Karlsruhe. Die Ortsgruppe hielt am Donnerstag, 10. November 1932, im neu hergerichteten Gartensaale des „Moninger" ihre 1. Herbstversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war, so daß es für später Kommende schwierig war, noch Platz zu finden. — Die Hauskapelle unter Leitung von Mitglied Kapellmeister A. W. Popp eröffnete die Versammlung mit einigen schönen Musikstücken; auch die Pausen wurden so nett ausgefüllt. Der Vorsitzende Herr Rothmaier erstattete nach Bekanntgabe einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen ein etwa ¾stündiges Referat über das Thema: „Neue Schritte in der Entschädigungsfrage", und legte am Schlusse seiner mit großem Interesse verfolgten Ausführungen eine Entschließung an die Bundesleitung vor, die nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen wurde. Als Delegierte zum nächsten Bundestage wurden die Herren Eberhard und Georg Müller gewählt, als deren Stellvertreter die Herren Oberle und Prues. Zur Mitwirkung bei dem auf den 8. Jan. 1933 in den Eintrachtsälen vorgesehenen „Heimatabend" meldeten sich eine ganze Reihe junger Damen und Herrn, so daß das vorgesehene Programm durchgeführt werden kann. Im Laufe des Winters sollen ferner mehrere Vortragsabende (auch mit Lichtbildern) stattfinden. Nun sprach der aus der Gefangenschaft in Cayenne entflohene Landsmann K., der von den französischen Gerichten wegen angeblicher Spionage zur Zwangsarbeit in obiger Strafkolonie verurteilt worden war, über seinen Leidensweg. Den Schluß der sehr interessant verlaufenen Versammlung bildete, nach Ausgabe der vom Bunde neu herausgegebenen Heimatliederbuches, ein hübsches geselliges Beisammensein, bei welchem die Hauskapelle zur Verschönerung fleißig mitwirkte. R.

(:) **Konkordat?** Die Frage, ob die Partei einem Konkordat zustimmen könne, hat in den letzten Tagen die Oeffentlichkeit stark erregt. Das Für und Wider hat überall lebhafte Diskussionen ausgelöst. Die Gruppe der religiösen Sozialisten hat sich bisher nicht in diesen Streit gemischt und doch ist ihre Haltung in dieser Frage für die Sozialisten nicht belanglos. Am Donnerstag, den 24. November, wird nun der Landesvorsitzende der religiösen Sozialisten, Gen. Dr. Dietrich-Mannheim über die Frage sprechen: **„Brauchen wir ein Konkorgat?"** Der Vortrag findet abends 8 Uhr bei freiem Eintritt im „Elefanten" statt. Alle Gesinnungsfreunde und Volksfreundleser sind eingeladen.

(:) **Stiftungs-Konzert der Schiller-Quartetts Karlsruhe-Ost.** Das am Samstag, 12. November in den gemütlichen Saal-Räumen des „General von Degenfeld" stattgefundene Konzert anläßlich 5jährigen Bestehens gestaltete sich für die festgebende kleine Sängerschar zu einem vollen Erfolg und im übrigen zu einem großen Sänger-Treffen. Den 1. Teil des aus 19 Nummern bestehenden auserlesenen Programms bestritt in der Hauptsache das Fest-Quartett mit herrlichen Liedschöpfungen und verstand in ausgezeichneter Weise mit seinen Vorträgen schöne, innerliche Musik im Gewande des volkstümlichsten Liedes zu Gehör zu führen. Der als Solist verpflichtete Tenor Fritz Renio fand starken Beifall. Der 2. Teil des Fest-Programms stellte einen friedlichen Wettbewerb unter den einladungsgemäß erschienenen Männergesangvereinen und Quartetten dar. In nachstehender Folge brachten: Gesangverein Maschinenbauer Karlsruhe-Mühlburg, Südstern-Quartett Feuchter-Quartett, Männergesangverein Sängerkranz 08, Badenia-Quartett, Sänger-Quartett Karlsruhe-Süd und Häußler-Quartett in buntem Wechsel ernste Chöre, herrliche Volkslieder und zum Teil sehr humorvolle Kompositionen mit tosendem Beifall bedankt zum Vortrag. Eine Streich-Orchesterabteilung des Musikvereins Karlsruhe hat in hervorragender Weise mit flotten Märschen, Ouvertüren usw. die gesanglichen Darbietungen umrahmt.

Lichtspielhäuser

Union-Theater

„Ein steinreicher Mann". Curt Bois spielt den armen Diamantenschlucker mit viel Humor. Er ist ein Held, seine Partnerin Dolly Haas ist drollig, verliebt, zärtlich und lebendig abhebend. Aber so wie diese beiden, ist niemanden im Spiel, der nicht seine Rolle bis aufs Tüpfelchen träge. Ausgezeichnet ist die Musik. Es ist eine viel belachte Filmidee, zahlloser lustiger Situationen und amüsanter Darsteller. Es lohnt sich diesen Film anzusehen, das hat man nicht alle Tage.

Tom rechnet ab. Der erste Tom-Mix-Tonfilm. Tom Mix hat alles aus dem Stummfilm mitgebracht, was seine Freunde bewundern, die schneidigen Ritte, die halsbrecherischen Sprünge und Lassostückchen, die blitzschnellen Revolverschießereien und das erbitterte Raufen. Der Film ist eine Sensation für die ganze Tom Mix-Gemeinde. Es lohnt sich denselben anzusehen.

Heute im „Rest" letztmals „Der schwarze Husar"

Heute, Donnerstag, wird zum letztenmal in den Residenz-Lichtspielen der Ufa-Tonfilm „Prinzessin Marie Luise von Baden und der schwarze Husar" mit Conrad Veidt und Mady Christians in den Hauptrollen vorgeführt. Ferner wirken noch mit: Ursula Grabley, Wolf Albach-Retty und Otto Wallburg. Lebensfreude und echte Begeisterung für eine große Sache atmet dieser Film, der uns in die Zeit der Erniedrigung Deutschlands durch Napoleon im Jahre 1812 führt. Reiterkunststücke beleben die Außenaufnahmen des Films. Auch das Beiprogramm und besonders der Film „Unsere Hunderttausend", eine Reportage aus dem Leben der Reichswehr, ist hervorragend, deshalb versäume niemand die sich um 3.30, 6.00 und 8.30 Uhr letztmals gebotenen Möglichkeiten, das Programm im Rest anzusehen. — Jugendliche bezahlen um 3.30 Uhr halbe Preise.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall

In der Kriegsstraße beim alten Bahnhof wollte der Führer eines Langholzfuhrwerks einen haltenden Pritschenwagen überholen; er kam dabei zu weit auf die Geleise der Straßenbahn. Ein im gleichen Augenblick von hinten kommender Straßenbahnwagen stieß mit dem Holzfuhrwerk zusammen. Beide Fahrzeuge wurden hierbei beschädigt.

Aufgefundene Fahrräder

Zwei Fahrräder, die offenbar von einem Diebstahl herrühren, wurden gestern aufgefunden und der Polizei übergeben.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Achtung! Achtung!

Adresse und Telephonnummer des Parteivorsitzenden Genossen Koch haben sich geändert. Bei Korrespondenz, die mit dem örtlichen Parteivorstand zu führen ist, ist folgende Adresse zu beachten: W. Koch-Karlsruhe, Waldstraße 28 (Parteisekretariat). Telephonnummer 566. Sprechstunde vormittags 9—11 Uhr im Parteisekretariat.

Bezirk Bulach

Mittwoch, 23. November, abends 8 Uhr, in der „Krone" wichtige Parteiversammlung, wozu die Genossinnen und Genossen freundlichst eingeladen sind mit der Bitte um vollzähliges Erscheinen.

Bezirke Alt-, Mittel- und Südweststadt

Donnerstag abend 8 Uhr Beginn der Leseabende in der Nähstube der Arbeiterwohlfahrt, Karl Friedrich-Straße 22. Referent Gen. Pfarrer Löw. Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.

Bezirk Daxlanden

Am Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, findet im „Karlsruher Hof" eine wichtige Bezirksmitgliederversammlung statt. Gen. Max Wönner-Karlsruhe spricht über parteitaktische Notwendigkeiten. Wir bitten die Parteigenossen um restlose Teilnahme an der Versammlung

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Unsere Witterung wird jetzt völlig von einer bei England liegenden Zyklone beherrscht, weshalb weiterhin mit Niederschlägen zu rechnen ist.

Wetteraussichten für Donnerstag, 24. November: Fortdauer des unbeständigen und windigen Westwetters.

Wasserstand des Rheins

Basel 7, gef. 1; Waldshut 210; Rheinweiler —189, gef. 9; Kehl 232; Maxau 374, gef. 3; Mannheim 237, gef. 2; Caub 170, gef. 2 Zentimeter.

Veranstaltungen

Mittwoch, den 23. November 1932:

Badisches Landestheater: Eine Nacht in Venedig. 19,30 Uhr.
Badische Lichtspiele: York. Beiprogramm. 17 und 20.30 Uhr.
Colosseum: Schmitz-Weißweiler. 20 Uhr.
Gloria-Palast: Ufa-Persil-Tonfilm. Eintritt frei!
Palast-Lichtspiele: Ufa-Persil-Tonfilm Eintritt frei.
Residenz-Lichtspiele: Der schwarze Husar. Beiprogramm.
Schauburg: Helgas Fall und Aufstieg. Beiprogramm.
Union-Theater: Ein steinreicher Mann. Tom Mix: Tom rechnet ab.
Badische Landesgewerbehalle: Wintersportausstellung. 10—13 und 15 bis 18 Uhr.
Eintracht: Philharmonisches Orchester: Symphonie-Konzert. 20 Uhr.

Vereinsanzeiger

Bis zu 4 Zeilen 10 Pfg. die Zeile — Bei 5 u. mehr Zeilen 60 Pfg die Zeile

Vergnügungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden zum Reklamezeilenpreis berechnet

Karlsruhe

Volkskirchenbund relig. Soz. Der Vortrag des Pfarrer Damian kann nicht stattfinden. An seiner Stelle wird Gen. Dr. Dietrich (Mannheim) über die aktuelle Frage sprechen: **„Brauchen wir ein Konkordat?"** Die Versammlung findet am Donnerstag abend 8 Uhr im „Elefanten" statt. Der Eintritt ist frei. Alle Volksfreundleser sind eingeladen. 5927

Naturfreunde. Freitag abend 8 Uhr **Lichtbildervortrag** im Landesgewerbeamt. Einlaßkarten bei H. Walter, Schützenstr. Kinder zur Kinderweihnachtsfeier am 18. Dezember anmelden. 5926

ADGB. Karlsruhe-Durlach-Ettlingen. Donnerstag, 24. Nov., abends 8 Uhr, findet im Volkshaus der erste **Bildungsvortrag** für das Winterhalbjahr 1932/33 statt. Kollege Kleiner spricht über **„Praktische Fragen aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge".** Nicht nur die Vertrauensleute und Betriebsräte, sondern alle Mitglieder unserer Organisationen haben zu diesem Vortrag freien Zutritt. 2925 Der Vorstand.

Hitlers „Beamtentätigkeit"

Braunschweig, 19. Nov. (SP.) Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thielmann hatte kürzlich an das braunschweigische Staatsministerium folgende Kleine Anfrage über die Beamtentätigkeit Hitlers gerichtet. Finanzminister Küchenthal hat darauf folgende Antwort gegeben:

„Der Regierungsrat Hitler hat dem Herrn braunschweigischen Minister des Innern (Klagges) nach dessen Mitteilung als **Berater in wirtschaftlichen Fragen,** insbesondere in der Frage der Erhaltung des Unterharzer Erzbergbaus, wertvolle Dienste geleistet."

Der Unterharzer Erzbergbau ist lediglich erhalten geblieben, **weil Preußen und die Preußag sich für seine Erhaltung einsetzten und Zuschüsse gewährten.** Der Staat Braunschweig hatte Zuschüsse abgelehnt. Klagges machte lediglich einen Vorschlag, **ausländisches, eingeführtes Erz durch deutsches Erz zu mischen.** Ueber diesen Beimischungszwang lachten alle Fachleute. Vielleicht stammt dieser Vorschlag von dem Regierungsrat Adolf Hitler

Abschluß

**Na, und wie geht's weiter?
Weiter geht's nicht mehr.
Mehr hier zu verlangen
Unbescheiden wär'**

So billig!

D.-Croisé Nachthemd 3 Serien, teilhaft, riesig vor- 3.60 2.60 **1.95**	**Damen Handschuhe** Schlupfform oder mit Knöpfen, gerauht . Paar **-.45**
3 Serien **D.-Schlüpfer** Crêpe od. Kunstseidendecke, gerauht, B'wolle m. Plüschfutter, Stck. **-.95**	**Herr. Futterunterhosen** Größe 4 und 5, Paar **1.-**
Kinder-Pullover gestrickt . . . . . . Größe 1—4 **-.48**	**Hauskittel** mit langem Arm, mit Besatz **1.90**
Kinder-Pullover mit langem Arm und Reißverschluß mit Kragen . . . Größe 4 **2.20**	*Rasch zu Burchard!*
Sport-Pullover für Damen und Herren, gestrickt 1.20 **-.75**	

Union-Theater
Täglich in Erstaufführung:
Ein Doppelschlager-Programm
Ein steinreicher Mann
Musikalische Filmgroteske mit
Curt Bois und **Dolly Haas**
Als zweiten Schlager zeigen wir
TOM MIX
Tom rechnet ab!
Der erste Tom-Mix-Tonfilm
Der große Erfolg in allen Weltstädten. 4911
Deuligtonwoche
Jugend frei Beginn: 3.00 5.30 8.10

Städtische Festhalle Karlsruhe
Samstag, 26. November, abends 20.15 Uhr,
Aufführung von
Beethoven's Neunte Sinfonie
Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knöll.
Mitwirkende Solisten: **Else Blank,** badische Kammersängerin, **Elfriede Haberkorn,** Opernsängerin am badischen Landestheater, **Wilhelm Nentwig,** bad. Kammersänger **Franz Schuster,** bad. Kammersänger. Orchester: Das Orchester des bad. Landestheaters. Chöre: **Volkssingakademie Karlsruhe, Sängerbund Vorwärts Karlsruhe,** Mitglieder des Deutschen Arbeitersängerbundes. Ueber 400 Mitwirkende.
Eintrittspreise: Ref. Plätze 2 Mk, Sonstige 1 Mk., Mitglieder 50 Pfg. **Karten** an der Abendkasse sowie in den an den Plakatsäulen bekanntgegebenen Vorverkaufsstellen 5917

Wohnungs-Einrichtung
bestehend aus
Schlafzimmer
mit 3türigem Garderobenschrank, Innenspiegel, weiß Marmor
Wohnküche
Carolina pine, 6teil.
RM **280.-**
Wir haben Ihnen schon wiederholt an dieser Stelle gesagt, daß uns Leistungen erstaunlich sind und beweisen ihnen dies täglich durch Tatsachen. Was sagen sie zu dem obigen Angebot? Den Möbeln ist kaum anzusehen, daß sie kurze Zeit in Gebrauch waren.
Das Schlafzimmer ist komplett mit 3türig. Garderoben-Schrank mit Innenspiegel, die Waschkommode hat echt weißen Marmor und die Nachttische Glasplatt. Die Küche besteht aus einem schönen Büfett, sehr geräumig, mit mod Gardinen bespannt, Natur lasiert, ein Tisch, zwei Stühle, zwei Hocker.
Diese Einrichtung w. bestimmt schnell vergriffen sein, denn es gibt gar Viele in der heutigen Zeit, die für ihre Einrichtungen nicht mehr ausgeben können, aber wir haben noch mehrere derartige günstige Gelegenheiten. 5915
Möbel-Fachhaus
Fortuna
G. m. b. H.
Erbprinzenstr. 30
Lieferung frei Haus
Günstige Zahlungsbedingungen.
Unsere Ausstellung umfaßt üb 200 Wohnungs-Einrichtungen und Küchen

Wir raten:
EIN WEIHNACHTSLOS **50** PF.
GEWINNE IM WERTE VON
450000 MK.
ZIEHUNG: 20. u. 21. DEZ. 1932
ARBEITER-WOHLFAHRT
WEIHNACHTSLOTTERIE
Verkaufsstellen
Volksfreund-Buchhandlung, Waldstraße 28, **Geschw. Knopf,** Zigarrenhaus **Herm. Meyle** (in sämtl. Filialen), Zigarrenh. **Herm. Kußbel,** Karl-Friedrich-Str. 32, Zigarrengeschäft **E. P. Riecke** (in sämtl. Filialen) Zigarrenhaus **Hörrle,** Durlacher Tor, Zigarrenhaus **Alb. Lesem,** Ludwig-Wilhelm-Str. 20, **Volkshaus,** Schützenstr 16 **Fr. Töpper,** Kriegsstraße 3a **Mühlburg: Ferd. Loewel,** Schreibwarenhandlung, Rheinstr. 34.

Badisches Landestheater
Mittwoch, 23. Nov.
*A 8
(Mittwochmiete)
Th.-Gem. 11 S.-Gr.
Eine Nacht in Venedig
Operette
von Johann Strauß
Dirigent: Krips
Regie Dr. Hagemann
Mitwirkende:
Haberkorn, Jank, Seiberlich, Faber, Fritz, Hofpach, Kiefer, Kloeple, Löser, Nentwig, Schöntaler, Mateo, Nillius
Anfang **19.45** Uhr
Ende 22.15 Uhr
Preise D (0.90—5.00 M). 1800
Do. 24. 11.
Zum ersten Mal: Robinson soll nicht sterben. Fr. 25. 11. Florian Geyer. Sa. 26. Der Mann mit d. grauen Schläfen So. 27. 11. Nachmittags: Figaros Hochzeit. Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Im Konzerthaus:
Neu einstudiert
Kyritz-Pyritz

Karlsruher Hausfrauenbund
Unsere diesjähr. Weihnachtshilfe
Bunter Abend
mit Tanz
zum Besten der notleidenden Frauen der Stadt findet **Donnerstag, 1. Dezember 1932, abends 8 Uhr, in den Räumen der Gesellschaft Eintracht** statt.
Näheres wird noch bekannt gegeben

Gebrauchte MOEBEL
aller Art **kauft u. verkauft** 6565
Schirrmann, Markgrafenstraße 43

Die Puppe 5861
Ihres Lieblings
repariert bestens
Puppenklinik Frida Schmidt
Kaiserstraße 207

Gebrauchte
Pianos
guter Fabrikate
kauft man
geg. Monatsraten
von
Mk. **25.-**
im Fachgeschäft
H. Maurer
Kaiserstr 176
Ecke Hirschstr.

Ehepaar nimmt Kind besserer Herkunft in gute Pflege oder für eigen. Angebote unt. Nr. 5900 a. d. Volksfreund.

Guterhalt. gebrauchte **Mandoline** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis an **Willy Fieg, Staufenberg**

Kinder-Lieg- und Sitzwagen, Farbe blau, gut erhalten, zu verk. Zu erfrag. **Rintheim,** Hauptstraße 33

Gut erhaltene **Ski** Größe 1.90 m zu kaufen **gesucht.** Off m Preis unt L2089 an den Volksfreund.

Viel Aerger
kann entstehen, wenn nicht der richtige Drucker Ihre Drucksachen anfertigt. Rufen Sie uns an, lassen Sie uns Offerte machen, Sie werden sicher zufrieden sein. Fernruf 7020 und 7021
Verlagsdruckerei Volksfreund

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Die Stadt Karlsruhe hat aufgrund des Gesetzes vom 23 Juni 1900 über das Genehmigungs-Verfahren bei Eisenbahnanlagen und des § 29 des Straßengesetzes vom 14 Juni 1884 nochmals um die Genehmigung zur Aenderung der Gleisanlage der städtischen Straßenbahn in Durlach zwischen dem Rathaus und der Ettlinger Straße nachgesucht. In Aenderung der mit Bekanntmachung vom 30. September 1931 offengelegten Pläne soll nunmehr zwischen dem Rathaus und der Leopoldstraße die Gleisanlage mit einer Ausweiche zwischen der Schloß- und Leopoldstraße so auf die Südseite der Straße verlegt werden, daß sich der Fuhrwerksverkehr auf dieser Strecke auf der nördlichen Straßenseite nach beiden Richtungen abwickeln kann. Von der Leopoldstraße bis zur Abzweigung in die Ettlinger Straße kommt das Geleise für einen eingleisigen Betrieb in die Mitte der Straße zu liegen.

Die Pläne des Unternehmens liegen innerhalb 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung in den in Betracht kommenden Karlsruher und Durlacher Tageszeitungen an gerechnet, beim Polizeipräsidium Karlsruhe und auf dem Rathaus der Stadt Durlach auf. Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb dieser Frist beim Polizeipräsidium Karlsruhe oder beim Bürgermeisteramt Durlach vorzubringen. 1301

Karlsruhe, den 15. November 1932

Der Minister der Finanzen
In Vertretung: Sammet.

Gartenvorstadt Grünwinkel e. G. m. b. H.
Wir haben zu vermieten:
In Grünwinkel:
Einfamilien-Reihenhaus, 3 Zimmer, Zubehör und Garten, zum 1. Januar 1933
In Daxlanden:
Etagenwohnung, 3 Zimmer, Bad und Zubehör, sofort
Einfamilienhaus, 3 Zimmer, 2 Dachkammern, Bad und Zubehör, sofort
Näh. in der Geschäftsstelle Rüppurr, Ostendorfplatz 2 od. Donnerstag nachmitt. 4—6 Uhr in Daxlanden Römerstraße 23.
Der Vorstand.

Solange der Vorrat reicht
Brennholz ofenrecht **per Ztr. RM. 1.—**
Fußbodenbretter **per Ztr. RM. 1.— und RM. 0,70**
ab Platz 59 9
Maschinenbau-gesellschaft Karlsruhe
Verwertungsbüro

Colosseum
Tägl. ch 8 Uhr
Schmitz-Weißweiler
der gr. Lacherfolg
„Denk an Eulalia"
Eintritt -.60—2 Mk

Gasherd, 2flammig, gut erhalten, für 6 M zu verkaufen **Werderstraße 14,** 3. Stock.

Erstkl. Emailherde neu u. gebraucht, günst. Rat, alte nehme in Zahl. **Blumenstr. 11, part.**

Suche in Karlsruhe oder Umgebung **2—3-Zimmer-Wohnung** Miete 35—50 M. Ang unt H2090 an d. Volksfr

Möbl. separ. Zimmer in Daxlanden zu verm. Adresse zu erfragen unt M 2092 im Volksfreund

Zimmer, part., separat, leer oder möbliert, zu vermieten **Schützenstraße 66,** I. St. B2039

Perfekte Stenotypistin 20 Jahre alt, sucht Beschäftigung für Vormittags. Adr. zu erfr unt W2097 im Volksfrd

Mädchen, im Alter von 27 Jahren, sucht **Tagesstelle** geg. kleine Vergütung. Adresse zu erfragen unter K 2096 im Volksfreund.

Junge Frau (frühere Köchin) sucht Beschäftigung Waschen, Putzen oder Hilfe zum Kochen. Angeb u Nr. 5899 a. d **Volksfreund.**

Schöner **Herren-Ulster** mittlere Figur 15 M, schwarze **Herrenhose,** prima Stoff, für starke Figur, billig abzugeb. Kriegsstr 278, IV, rechts

Kastengrammophon noch gut erhalten mit 35 Platten für 19 M zu verkaufen. Winterstr 35, IV H. links

Piano Prachtstück nur M 3... **Stöhr,** Ritterstr.

Hosen, Joppen neu u. gebr. spottbillig. Zähringerstraße 53

Stubenwagen mit Dach u. Ausschlag bill. z. verk. **Nuitsstr. 16,** IV l.

Junge Schäferhündin (11 Mon alt) m. Stammbaum, schön gebaut, umständehalb. bill zu verk. **Weingarten,** Kirchstr. 8